



FLAGGSCHIFF



10



26



36



4

Eindrucksvolle Menschenkette

vom Brandenburger Tor bis zum Reichstagsgebäude am 5. Mai 2010

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

da haben doch tatsächlich einige Leute das FLAGGSCHIFF vermisst! Im Frühjahr war die verspätete Nr. 4 von 2009 erschienen, und bis heute noch keine Ausgabe von 2010 ... Ich muss bei Ihnen Abbitte leisten: Nach der Übernahme des Amtes als Vorsitzender der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. und später auch des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung musste ich mich erst einmal neu orientieren. Und als ich endlich so weit war, spielte mein lieber PC verrückt: Festplatten-GAU! Mit Zustimmung des Vorstandes präsentiere ich Ihnen hiermit die erste Ausgabe von 2010 als Doppelheft 1 und 2.



Sie wissen natürlich, dass ein Verbandsorgan von der Zuarbeit der Mitglieder lebt. Da gibt es Organisationen unter unseren Mitgliedern, die sich sehr fleißig in dieser Hinsicht zeigen. Ich erwähne nur die Lebenshilfe Berlin und das Elternzentrum Berlin. Weil ich mich ehrenamtlich auch in meinem „Heimatverein“, dem Schwerhörigen-Verein Berlin, als Redakteur betätige, fällt auch von dorthor manchmal etwas ab. Nur darf es aber nicht passieren, dass man den Eindruck bekommt, das FLAGGSCHIFF sei das persönliche Mitteilungsblatt von Hartwig Eisel. Das wäre echt fatal! Ich bitte Sie also noch einmal, mir allgemein interessante Beiträge aus Ihren Vereinen zu schicken. Es sollte Ihnen doch etwas wert sein, dass die anderen Mitgliedsvereine von Ihnen erfahren und so ihren Horizont der Szene von Menschen mit Behinderung erweitern?!

Am 5. Mai haben wir im Roten Rathaus die Podiumsdiskussion „Vielfältige Barrieren in der medizinischen Versorgung behinderter Menschen“ durchgeführt, die auch recht gut besucht war. Ich freue mich, dass uns unser Impuls-Referent, der ehemalige Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung Martin Marquard, seinen Beitrag zum Abdruck überlassen hat. Sehr gefreut hat mich auch, über eine verdiente Auszeichnung berichten zu können: Frau Renate Hoffmann von unserem Mitgliedsverein Spastikerhilfe Berlin hat das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen!

Unsere Mitgliedsvereine Lebenshilfe Berlin und Elternzentrum Berlin berichten von Höhepunkten im Vereinsleben. Höhepunkte sind Ereignisse, die ehrenamtlich tätige Menschen unheimlich motivieren können, und das sollte nicht nur die eigene Tätigkeit, nicht nur den eigenen Verein betreffen, sondern auch jene Vereine, die gemeinsam mit dem eigenen Verein die LV Selbsthilfe zu dem machen, was sie ist. Das muss sich im Verbandsorgan „FLAGGSCHIFF“ reflektieren.

Besonders freue ich mich, dass uns (mich selbst?) unser treuer und lieber Autor Dr. Rudolf Turber auch diesmal wieder mit Buchbesprechungen verwöhnt. Da möchte man glatt ausrufen: „Warum, lieber Rudi, lieferst Du nicht gleich die Bücher mit?“

Sie bemerken hoffentlich, dass es sich für Sie bestimmt lohnt, Ihre Nase in diese etwas dickere, weil „Doppel“-Ausgabe zu stecken. Na ja, fürs Lesen ist eigentlich das Auge zuständig ...

Großes Lesevergnügen bis zum nächsten Mal wünscht Ihnen
Ihr Hartwig Eisel

Editorial

Der Vorsitzende Hartwig Eisel zur aktuellen Ausgabe	2
---	---

Behindertenpolitik

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin zum 5. Mai	4
Integration behinderter Kinder muss an Fahrt gewinnen	6
Menschen mit Behinderungen müssen weiterhin von GEZ-Gebühren befreit bleiben	6
Unabhängigkeit der Selbsthilfe: Monitoring- Ausschüsse legen	
2. Jahresbericht vor	7
Übergabe der Sterbebücher der Heilanstalt Meseritz-Obrawalde	8

Aus der LV Selbsthilfe Berlin

Vielfältige Barrieren in der medizinischen Versorgung behinderter Menschen	10
Renate Hoffmann geehrt	16

Aus den Mitgliedsvereinen

Preis der Stiftung Wolfgang Schulze 2010 für Forschungsarbeit über SAPHO-Syndrom. Unterstützung für Forschungsvorhaben über Sjögren-Syndrom	17
Ausschreibung	18
Starke Frauen – auf du und du mit dem Stöckelschuh	19
Lebenshilfe ist Lebensfreude	21
Es bewegt sich was	22
2. April – Weltautismustag	24
Hoffest in Alt-Schönow	26

Wissenswertes

Gleichbehandlung ist Ihr gutes Recht!	28
Muster des Notruf-Faxes für gehörlose und stark hörgeschädigte Menschen	35
Neue Regionalzüge in Berlin und Brandenburg	36
Untertitel werden getestet	38
Birkenzweig – mit Handicap Urlaub genießen e. V.	41
Buchbesprechungen: Wie behandle ich meinen Arzt?	43
Klein und behindert – aber als Saxophonist der Größte	44

Impressum	47
------------------------	----

LANDESVEREINIGUNG SELBSTHILFE BERLIN ZUM 5. MAI

Redebeitrag von Hartwig Eisel

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Mit-Demonstrantinnen und Mit-Demonstranten,

ich grüße Sie als Vorsitzender der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin, die sich dem Aufruf zu dieser eindrucksvollen Demo angeschlossen hat. Ich danke allen Mit-Organisatoren, die das Zustandekommen der Demo ermöglicht haben.

Das Thema Inklusion steht ganz groß über diesem Ereignis. Ich gebe zu: Ich habe mich mit der Unterscheidung zwischen Integration und Inklusion sehr schwer getan. Ich habe es zeitweise sogar für einen billigen ideologischen Streit gehalten. Richtig aufgegangen ist mir das Wesen erst, als ich über die Begrifflichkeiten nachgedacht habe.

„Integration“ wird auch auf unsere ausländischen und zugewanderten Mitbürger angewandt. Sie müssten integriert, sprich eingegliedert werden oder sich selber integrieren bzw. eingliedern. Wenn wir diese Auslegung übertragen auf die Situation von Menschen mit Behinderung, kommt logischerweise heraus, dass sie, dass wir nicht dazu gehören. Dass wir eingegliedert werden müssen oder uns selber eingliedern müssen! Haben wir das Gefühl nicht alle schon einmal gehabt? Gibt uns die wunderbare Vokabel „Eingliederungshilfe“ etwa das Gefühl, wirklich dazugehören? Und sei es nur um ein paar Euro von Staat, Land oder Kommune, damit wir auch wirklich dazugehören?

Ich meine, dazugehören fühlt sich ein wenig anders an!

Inklusion bedeutet, eingeschlossen zu sein, ungeachtet aller Unterschiede zur Gesellschaft zu gehören. Für dieses Ziel, das in der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen verankert ist, lohnt es sich zu kämpfen, lohnt es sich, die politischen Verantwortsträger immer wieder zur Einhaltung der UN-Konvention zu ermahnen, zur Einhaltung einer Konvention, zu der sie sich per Gesetz verpflichtet haben!

An dieser Stelle möchte ich an mein Statement vom vorigen Jahr bei gleicher Gelegenheit anknüpfen. Ich hatte damals die Abgeordneten des Bundestages aufgerufen, Gesetze widerspruchsfrei und für alle verständlich zu



Hartwig Eisel bei seiner Ansprache am 5. Mai. Links von ihm Ursula Engelen-Kefer (Sozialverband Deutschland), rechts Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse

FOTO. A. KABAKOW



Vom Brandenburger Tor bis zum Sitz des Bundestages reichte die eindrucksvolle Menschenkette am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2010

FOTO: S. ECKHARDT

formulieren. Die Umsetzung der UN-Konvention und die davon begleitete Überprüfung der Gesetze bieten alle Chancen dafür, die aktuelle Gesetzgebung auf ihre Wechselwirkung, auf ihre Vernetzung hin zu überprüfen. Also keine abstrakten, von der Wirklichkeit abgekoppelten Formulierungen, keine Gesetze mehr, die im Widerspruch zu anderen Gesetzen stehen, keine Geset-

ze mehr, die erst ewig durch die Rechtsprechung überprüft werden müssen! Wäre das nicht auch ein Beitrag für „Design for All“? Käme das nicht nur Menschen mit Behinderung zugute, sondern allen Bürgern dieser Republik? Wenn das zum Gedankengut aller Bürger würde, sähe ich tausend Chancen für die Situation der Menschen mit Behinderung in diesem Lande. Danke!



FOTO: F. B. KNEISEL

INTEGRATION BEHINDERTER KINDER MUSS AN FAHRT GEWINNEN

Zum Nationalen Bildungsbericht 2010 erklärt Adolf Bauer, Vorsitzender des Sprecherrates des Deutschen Behindertenrates (DBR):

Die Integration behinderter Kinder in Regelschulen muss endlich an Fahrt gewinnen. Nur 18,4 Prozent der behinderten Kinder können in Deutschland eine Regelschule besuchen. Damit



**Deutscher
Behindertenrat**

bleibt unser Land weiterhin ein Schlusslicht in Europa.

Gegenüber 2006 ist die Integrationsquote zwar um 2,7 Prozent gestiegen.

Doch das reicht nicht. Wenn wir so weitermachen, erreichen wir die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention erst in 25 Jahren.

Deshalb muss die inklusive Bildung jetzt deutlich an Fahrt gewinnen. Hierzu kann und muss die Tagung der Kultusministerkonferenz am 21./22. Juni 2010 in Bremen beitragen. Der Deutsche Behindertenrat hofft, dass von der Tagung ein klares politisches Signal zugunsten inklusiver Bildung ausgeht. Das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder muss in Deutschland endlich von der großen Ausnahme zur selbstverständlichen Regel werden.

Pressemitteilung des Deutschen Behindertenrats vom 18. Juni 2010

MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN MÜSSEN WEITERHIN VON GEZ-GEBÜHREN BEFREIT BLEIBEN

**Neue Rundfunkgebührenordnung wirkt sich nachteilig
für Menschen mit Behinderungen aus**

Die Bundesländer wollen ab Januar 2013 eine neue Rundfunkgebührenordnung einführen. Diese Neuordnung wirkt sich nachteilig für Menschen mit Behinderungen aus. Bisher waren viele blinde, gehörlose und schwerbehinderte Menschen von der Rundfunkgebühr befreit. Zukünftig soll diese generelle Gebührenbefreiung jedoch wegfallen.

Die BAG SELBSTHILFE fordert, die GEZ-Gebührenbefreiung für Menschen mit Behinderungen beizubehalten. Diese sind aufgrund ihrer körperlichen Einschränkung verstärkt auf Fernsehen, Hörfunk und das Internet angewiesen, um Zugang zu Informationen zu erlan-

gen. So nutzen beispielsweise gehörlose Menschen häufig das Netz, um sich zu informieren und per E-Mail ihre Kontakte zu pflegen.

Die Möglichkeit der Informationsbeschaffung über die Medien muss für Menschen mit Behinderungen ebenso zugänglich sein wie für Nichtbehinderte. Von daher darf die neue Rundfunkordnung nicht zu Lasten von Menschen mit Behinderungen gehen. „Deutschland hat im letzten Jahr die UN-Konvention zur Wahrung der Rechte behinderter Menschen unterschrieben. Eine Schlechterstellung dieser Menschen bei der Nutzung von Funk und Fernsehen

ist demgegenüber mit dem Gedanken der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft nicht vereinbar“, erklärt Dr. Martin Dan-

ner, Bundesgeschäftsführer der BAG SELBSTHILFE.

Pressemitteilung der BAG SELBSTHILFE e. V. vom 21. Juni 2010

UNABHÄNGIGKEIT DER SELBSTHILFE: MONITORING-AUSSCHÜSSE LEGEN 2. JAHRESBERICHT VOR

2. Jahresbericht zum Monitoring-Verfahren der BAG SELBSTHILFE und des FORUMs chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND veröffentlicht

Unabhängigkeit und Neutralität sind seit Jahren ein wichtiges Thema bei den Mitgliedsverbänden der BAG SELBSTHILFE und des FORUMs chronisch kranker und behinderter Menschen im PARITÄTISCHEN Gesamtverband. Dies gilt insbesondere für den Umgang mit der Pharmaindustrie. Aus diesem Grunde haben die BAG SELBSTHILFE und das FORUM im PARITÄTISCHEN Leitsätze erarbeitet, die die Grenzen des Zulässigen aufzeigen. Die Einhaltung dieser Leitsätze wird durch das sogenannte Monitoring-Verfahren gesichert, in dem mögliche Verstöße überprüft werden. Um zukünftige Verstöße zu vermeiden, beraten die Monitoring-Ausschüsse zudem die Mitgliedsverbände.

Die Eigenmittel der chronisch kranken und behinderten Menschen, die die Selbsthilfeorganisationen tragen, reichen oftmals nicht aus, die Vielzahl ihrer Aktivitäten zu finanzieren. Von daher sind die Organisationen häufig auf Spenden und Förderungen angewiesen. Auch Wirtschaftsunternehmen fördern Selbsthilfeprojekte. Die Annahme dieser Fördermittel birgt aber die Gefahr, dass sich die Selbsthilfeverbände bewusst oder unbewusst an den Anliegen der Wirtschaftsunternehmen orientieren, oder dass die Unternehmen

gezielt versuchen, auf die Willensbildungsprozesse der Selbsthilfe Einfluss zu nehmen.

Es ist unabdingbar, dass die Selbsthilfeverbände als Anlaufstellen von rat-suchenden Menschen ihre Neutralität und Unabhängigkeit bewahren. Um dies zu gewährleisten, gibt es seit 2005 das sogenannte Monitoring-Verfahren, das der Beratung und Information der Mitgliedsverbände dient, mit dem aber auch die Leitsätze weiterentwickelt und Verstöße gegen diese Leitsätze sanktioniert werden sollen. Der Monitoring-Ausschuss nimmt dabei selbst initiativ Prüfungen problematischer Fälle vor. Weiter bringen die Mitgliedsorganisationen eigene Fälle ein, wenn sie einen Verstoß gegen die Leitsätze befürchten. Aber auch Dritte – wie beispielsweise Krankenkassen – können sich an die Monitoring-Prüfstelle wenden, wenn sie bei Verbänden den Verdacht auf einen Verstoß gegen die Selbsthilfe-Leitsätze vermuten. Die Ausschüsse haben im vergangenen Jahr 13 Fälle entschieden, weitere Verfahren sind derzeit noch in der Bearbeitung.

Das Monitoring-Verfahren soll jedoch nicht nur dazu dienen, vergangene Verstöße festzustellen, sondern auch neue zu verhindern. So wurde etwa ein

Muster zur Selbstauskunft für wissenschaftliche Beiräte entwickelt. Denn viele

Selbsthilfeorganisationen werden von ihren wissenschaftlichen Beiräten in medizinischen Fragen beraten und möchten wissen, ob es hier Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen gibt und wie diese aussehen. Zur Erläuterung der Leitsätze hat der Monitoring-Ausschuss zudem die Arbeitshilfe aktualisiert, die den Verbänden die Leitsätze anhand praktischer Beispiele und unterschiedener Fälle konkret nahe bringen soll. „Die Arbeitshilfe ist eine sehr gute inhaltliche Ergänzung zu den Leitsätzen, so dass die Selbsthilfeorganisationen chronisch kranker und behinderter Menschen eine

Forum chronisch kranker und
behinderter Menschen

noch größere Handlungssicherheit im Umgang mit Wirtschaftsunternehmen erhalten“, fasst Dr. Martin Danner, Geschäftsführer der BAG SELBSTHILFE, das Arbeitsergebnis zusammen. „Die Verbände können jetzt noch einfacher als bislang konkrete Vorhaben anhand der Arbeitshilfe überprüfen und einschätzen“, urteilt Burkhard Stork, Leiter der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung DCCV e. V. und Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses.

Gemeinsame Presseinformation der BAG SELBSTHILFE und des PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDS vom 19. Juli 2010

ÜBERGABE DER STERBEBÜCHER DER HEILANSTALT MESERITZ-OBRAWALDE

In einer Feierstunde im Martin-Gropius-Bau wurden am 26. Januar 2010 die 2009 aufgefundenen Sterbebücher der nationalsozialistischen Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin, an das Berliner Landesarchiv übergeben.

Nach einer musikalischen Einführung, einer Klaviersonate des 1945 in ebendieser Anstalt gestorbenen Komponisten Norbert von Hannenheim, begrüßte Frau Prof. Dr. Barbara John die 100 Gäste aus Bundes-, Landes- und Bezirkspolitik, der Wissenschaft und der breitgefächerten Berliner Trägerlandschaft der Behindertenhilfe. Bei der Durchsicht

der Sterbebücher mit fast 5.000 Namen ermordeter behinderter Patienten, war ihr besonders Gertrude Martha Steinbrück im Gedächtnis geblieben, die den gleichen Vornamen und das gleiche Geburtsdatum, wie ihre eigene Mutter hatte, die jedoch 93-jährig verstarb, während bereits 1942 durch Injektion einer Überdosis getötet wurde. Sie hoffe, so Frau John, dass „so bald aller Opfer der Sterbelisten gedacht würde“.

Wojciech Pomianowski, stellvertretender Leiter der polnischen Botschaft, wies darauf hin, dass geistig behinderte Menschen ausgerechnet an einem Ort den Tod fanden, der ihnen Schutz geben sollte: der Heilanstalt Meseritz-



Prof. Dr. Uwe Schaper, Direktor des Landesarchivs Berlin, würdigt die mit der Übergabe der Sterbebücher verbundene Symbolik. Links die Moderatorin der Veranstaltung, das Ehrenmitglied der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. Erika Lange

FOTO: EISEL

Obrwalde. Mit der Aussage „eine europäische Zukunft ohne gemeinsame Erinnerung ist unmöglich“ unterstrich der Botschaftsrat zudem die Wichtigkeit der Aufarbeitung der NS-Verbrechen in deutsch-polnischer Zusammenarbeit.

Der Berliner Staatssekretär für Soziales, Rainer-Maria Fritsch, betonte die Symbolkraft der Veranstaltung am Vorabend des nationalen Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus. In Anwesenheit des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Hubert Hüppe, der am 27. Januar um 15.00 Uhr einen Kranz für alle Euthanasie-Opfer niederlegte, nannte Dr. Hanke, Bezirksbür-

germeister von Mitte, die Sterbebücher eine „Erinnerungsperspektive“, die den Menschen heute die Möglichkeit gäbe, Betroffenheit und Mitgefühl für die bisher anonymen Opfer der Jahre 1939 bis 1945 zu empfinden. Dass die Opfer der Euthanasie noch keinen würdigen Gedenkort hätten, sei u. a. auf die verspätet einsetzende Erforschung der Opfergeschichte zurückzuführen, „weil viel vergiftetes Gedankengut der Nazis noch lange nachwirkte“.

Für die Stiftung Topographie des Terrors rückte Prof. Andreas Nachama die Frage nach den Tätern aus Ärzteschaft und Pflegepersonal der „Heilanstalt“ in den

Mittelpunkt. Um zu verhindern, dass sich das Geschehene wiederhole, sei nicht nur die medizinische Ausbildung künftiger Ärzte wichtig, sondern der steile Appell an „das Gespür für die eigene Verantwortung, die jeder Bürger für die ganze Gesellschaft haben müsse“.

Sigrid Falkenstein rückte das Schicksal von Pauline Frommholz in den Mittelpunkt und verlas die rekonstruierte Lebensgeschichte der 1943 als „gemeingefährlich geisteskranken“ ermordeten Berlinerin. Als Sprecherin des „Runden Tisches T4“ plädierte sie zudem an alle Verantwortlichen mitzuhelfen, an der Tiergartenstraße 4 einen würdigen Gedenkort für die geschätzten 300.000 Opfer der Euthanasie zu schaffen.

Für das deutsch-polnische Wissenschaftler-Team, das die Sterbebücher dem Vergessen entrissen hatten, skizzierte Dr. Ingo Loose von der Humboldt-Universität zu Berlin die noch zu erforschenden Fragen der Euthanasie auf der kognitiven Ebene. So hatte Loose als Beleg für die perfide Propaganda der Nazis, die bis heute nachwirke, in einem Internet-Lexikon den Hinweis gefunden, dass die Euthanasie 1942 beendet worden wäre. Dabei belegen u. a. die Sterbebücher von Meseritz-Obrawalde

eindeutig die hohen Opferzahlen von 1943 bis 1945, jedoch kaschiert mit gefälschten Todesursachen. „Deswegen müssen auch die bisher ungesichteten und erhaltenen Patientenakten ausgewertet werden“, so Loose.

Nachdem die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, Prof. Barbara John, die 2 Kartons mit den Sterbelisten an das Landesarchiv Berlin übergeben hatte, ergriff dessen Direktor, Prof. Dr. Uwe Schaper, das Wort. Er hob die Wichtigkeit von Archiven beim aktiven Gedenken hervor, denn „durch die Arbeit des Landesarchivs Berlin bekommen die Opfer ihren Namen und damit einen Teil ihrer Würde zurück“.

Der festliche Rahmen der Veranstaltung im stilvollen Restaurant im Martin-Gropius-Bau wurde durch musikalische Einlagen eines Streicher-Duos des Deutschen Symphonie-Orchesters und die Bewirtung beim anschließenden Empfang durch die Mosaik-Integrationsgesellschaft (hier arbeiten auch Menschen mit Behinderung) abgerundet.

Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin

Quelle: http://www.das-blaue-kamel.de/02_bisherige_aktionen.php

VIelfältige Barrieren IN DER MEDIZINISCHEN VERSORGUNG BEHINDERTER MENSCHEN

Vortrag von Martin Marquard auf der Diskussionsveranstaltung der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin am 5. Mai 2010 im Roten Rathaus

Mit einer eindrucksvollen Demonstration in Form einer Menschenkette vom Brandenburger Tor zum Reichstagsgebäude, dem Sitz des Deutschen Bun-

destages, haben wir – die Menschen mit Behinderung – heute Mittag ein weiteres Mal klargemacht, dass die UN Behindertenrechtskonvention ohne Wenn



Der Vorsitzende der LV Selbsthilfe Berlin, Hartwig Eisel, begrüßt das Podium und das Publikum

und Aber zügig umgesetzt werden muss. Wir haben ebenso deutlich gemacht, dass wir – die Betroffenen – an diesem Prozess zu beteiligen sind – so, wie es die UN Konvention durchgängig verlangt. Diese ist nun schon seit über einem Jahr in Deutschland geltendes Recht, doch außer ein paar allgemeinen Ankündigungen der Bundesregierung spüren wir noch nicht viel davon. Dort scheint man sich Zeit zu lassen und offensichtlich immer noch zu glauben, die Forderungen der Konvention seien in Deutschland längst – zumindest weitgehend – erfüllt und es bestünde eigentlich gar kein Handlungsbedarf. Dagegen haben am heutigen 5. Mai, dem europäischen Protesttag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung, die Menschen mit Behinderung auch in vielen anderen Städten und Gemeinden protestiert und aufgezeigt, in welchem erheblichem Ausmaß sie nach wie vor benachteiligt und vom normalen Leben – so, als sei das ganz selbstverständlich – ausgeschlossen werden. Das geschieht keinesfalls „aus Versehen“ oder aus dummer Gedankenlosigkeit, die ja leicht abzustellen

wäre – nein, es handelt sich zum großen Teil um strukturelle Probleme, also um in unserer Gesellschaftsordnung angelegte, dauerhafte und geduldete Diskriminierungen, zu deren Beseitigung es grundlegender Veränderungen bedarf. Das trifft ganz sicher und besonders auch auf das Gesundheitswesen zu. In der medizinischen Versorgung behinderter Menschen bestehen vielfältige Barrieren, die z. T. unumstößlich erscheinen. Seit langer Zeit schon rennen wir dagegen an – bisher nur mit mäßigem Erfolg. Unzureichende Vorschriften, überkommene Praktiken und Gewohnheiten, wirtschaftliche Zwänge, mangelnde Transparenz, zersplitterte Zuständigkeiten und natürlich auch zählbare Vorurteile – vielfach gepaart mit Unkenntnis oder Desinteresse – machen das Thema so schwierig und lassen schnelle Lösungen als kaum möglich erscheinen.

Deshalb haben sich einige engagierte Menschen vor etwa zwei Jahren zu einem Arbeitskreis Barrierefreies Gesundheitswesen zusammengeschlossen, die seitdem an diesem Thema arbeiten und die im letzten Herbst bereits zwei ähnliche Veranstaltungen wie diese heutige zusammen mit der Ärzttekammer bzw. mit der Fürst-Donnersmarck-Stiftung durchgeführt haben.

Ich will noch einmal – wie in diesen Veranstaltungen schon – die unhaltbare Situation im Gesundheitswesen aus Betroffenen­sicht kurz schildern, um dann einen Vorschlag zu unterbreiten, der im AK Barrierefreies Gesundheitswesen erarbeitet worden ist. Zunächst zum Ist-Stand: Grob betrachtet sind nur etwa 10 % der Arztpraxen in Berlin barrierefrei zugänglich und nutzbar – wahrscheinlich sind es noch weit weniger.

Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, insbesondere diejenigen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, können also ihr Recht auf freie Arztwahl nicht wahrnehmen, sondern sie müssen zuerst danach gehen, in welche Praxis sie hineinkommen, und erst an zweiter Stelle geht es darum, ob man zu dem Arzt oder der Ärztin auch Vertrauen hat. Wenn eine Praxis, die barrierefrei zugänglich ist, schließlich gefunden ist – die Auswahl ist tatsächlich sehr begrenzt –, fehlen in den Praxisräumen meistens eine barrierefreie Toilette, eine barrierefreie Umkleidekabine oder ein anderer Raum, in dem man sich ungestört aus- bzw. umziehen kann. Es mangelt fast immer an höhenverstellbaren Untersuchungsliegen oder an Personal, das bei einem notwendigen Transfer vom Rollstuhl auf die Untersuchungsliege sachkundig helfen kann. Behinderte Frauen beklagen immer wieder, dass es kaum eine gynäkologische Praxis mit

verstellbarem Untersuchungsstuhl in Berlin gibt.

Notwendige Untersuchungen finden dann eben oft im Rollstuhl statt, können unter Umständen nur teilweise durchgeführt werden – oder müssen manchmal auch ganz unterbleiben, weil die räumliche und personelle Ausstattung der Arztpraxis diese nicht zulassen.

Aber nicht nur bauliche und Ausstattungsmängel stehen einem Arztbesuch ohne Barrieren buchstäblich im Wege, sondern auch Kommunikationsprobleme. Blinde und sehbehinderte Patienten beklagen häufig, dass mit ihnen nicht gesprochen wird – oder nur mit der Begleitperson – über ihren Kopf hinweg. Sie wissen oft nicht, was mit ihnen geschieht und fühlen sich entmündigt und hilflos.

Ähnlich ergeht es gehörlosen Patienten, die z. B. oft gar nicht wissen, dass sie auf Kosten der Krankenkasse einen Anspruch auf Hinzuziehung eines Ge-

Gemeinsame Erklärung: Mehr barrierefreie Arztpraxen in Berlin

Entwurf

I.
Die Unterzeichner der Erklärung sind sich bewusst, dass die Barrierefreiheit von Arzt-, Zahnarzt- und therapeutischen Praxen und anderen ambulanten medizinischen Versorgungseinrichtungen die Voraussetzung ist, um Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen und dem Angebot des Gesundheitswesens zu ermöglichen. Barrierefreie Einrichtungen sind nicht nur im Interesse der ca. 350.000 Menschen mit Behinderung in Berlin. Sie kommen auch älteren Menschen,

Eltern mit kleinen Kindern und denjenigen zugute, die zum Beispiel durch Unfall oder Krankheit vorübergehend in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

II.
Barrierefrei sind die Einrichtungen dann, wenn sie von Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind.

Barrierefreiheit in Arzt- und Therapiepraxen bedeutet zum Beispiel die

bärdendolmetschers haben – was ihnen aber auch niemand sagt.

Und schließlich fehlt häufig das notwendige Einfühlungsvermögen gegenüber Patienten mit Lernschwierigkeiten, die wie alle anderen auch verstehen möchten, wie es mit ihrer Gesundheit bestellt ist. Auch diese Patienten möchten persönlich angesprochen werden, und zwar nicht in Medizinerlatein, sondern in leicht verständlicher Sprache.

Zu den baulichen und kommunikativen Barrieren kommen wirtschaftliche hinzu, die die Bereitschaft von Ärzten, behinderte Patienten zu behandeln, ziemlich in Grenzen hält. Sicher ist die Behandlung von behinderten Patienten oft zeitintensiver, was dem Arzt nicht vergütet wird. Das führt dazu, dass eine größere Zahl behinderter Patienten für die Arztpraxis als bedrohlich, als wirtschaftliches Problem betrachtet wird.

Da muss man sich auch nicht wundern, dass es offensichtlich keine ausge-



Ein interessiertes Publikum verfolgt die Ausführungen der Podiumsteilnehmer

FOTOS: MATSCHKE

prägte Motivation gibt, Arztpraxen barrierefrei umzugestalten. Wer sich hinter Treppen und Stufen verschanzte, kann sicher sein, dass nicht so viele behinderte Patienten kommen. Aber auch einigermaßen barrierefreie Arztpraxen machen dies nicht so gerne publik – aus purer Angst, von behinderten Patienten „überrannt“ zu werden und dadurch

stufenlose Erreichbarkeit von Behandlungsräumen, verstellbare Untersuchungsmöbel und das Vorhandensein einer Behindertentoilette. Für sinnesbehinderte Menschen, sowie Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychischen Beeinträchtigungen, bedeutet dies ein Recht auf barrierefreie Kommunikation, Information und Orientierung.

Patienten mit einer Behinderung haben wie alle anderen Patienten auch einen Anspruch auf ein Höchstmaß an Intimität, Würde und Eigenständigkeit.

III.

Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass der Abbau von Barrieren ein

wichtiges Ziel ist. Sie sind darin einig, dass sich die Zahl der barrierefreien Einrichtungen der ambulanten medizinischen Versorgung in den nächsten Jahren erhöhen muss.

Bei einer großen Zahl der vorhandenen ärztlichen, zahnärztlichen und therapeutischen Praxen in Berlin bestehen für viele Menschen mit Behinderung unverändert Barrieren. Der Abbau von Barrieren und der damit verbundene Aufwand stellen für viele Ärzte, Zahnärzte und Therapeuten eine wirtschaftliche Herausforderung dar.

Für diese gesamtgesellschaftlich wünschenswerte Aufgabe müssen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bund und Land werden aufge-

möglicherweise wirtschaftliche Einbußen hinnehmen zu müssen.

Wir haben im Rahmen unserer Aktion „Berlin barrierefrei“ ein augenfälliges Signet geschaffen, das wir Gewerbetreibenden anbieten, wenn ihre Einrichtung die wichtigsten Kriterien der Barrierefreiheit erfüllen. Viele kleben dieses Signet gern an ihre Tür und werben damit um neue Kundenkreise. Ganz anders bei Arztpraxen: Hier besteht eher kein Interesse.

Dennoch wollen wir mit diesem Signet im Gesundheitswesen offensiv umgehen und klar aussprechen, was zu einer barrierefreien Praxis gehört: Das sind der stufenlose Zugang, eine diskriminierungsfreie Umkleidemöglichkeit, eine barrierefreie Toilette und verstellbare Untersuchungsmöbel. Dazu kommen die Gewährleistung einer vernünftigen Kommunikation und ein würdiger Umgang mit behinderten Patienten.

Viele werden diese Forderungen für

unrealistisch halten: Wer soll das alles bezahlen? Was ist mit den Praxen im Altbau ohne Aufzug? Können Ärzte denn überhaupt zu mehr Barrierefreiheit gezwungen werden? Die Gesetze geben das doch gar nicht her ... usw.

Ich denke: Das darf niemals die erste Frage sein. Sondern im Vordergrund muss immer zunächst der menschenrechtliche Aspekt stehen: Behinderten Menschen werden im Gesundheitswesen systembedingt Bürgerrechte vorenthalten – ein Zustand, der verfassungswidrig und damit nicht weiter hinnehmbar ist und geändert werden muss. Erst an zweiter Stelle geht es darum, wie diese Änderungen erreicht werden können.

Aber es gibt noch weitere Probleme: Behinderte Patienten, die oft zu den Chronikern zählen und z. B. dauernd regelmäßig Physiotherapie brauchen, haben bei vielen Ärzten noch mit weiteren Barrieren zu kämpfen. Aus Angst,

fordert, Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit von bestehenden Arztpraxen und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens in gleicher Weise zur fördern wie z.B. bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Neue Praxen und Gemeinschaftseinrichtungen werden entsprechend der gesetzlichen Regelungen in der Bauordnung Berlin und dem Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz generell barrierefrei gestaltet.

IV.

Die Unterzeichner werden aktiv darauf hinwirken, dass der Abbau von Barrieren und die barrierefreie Erbringung

medizinischer Leistungen mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit werden. Sie unterstützen dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Die Menschen mit Behinderung sind die Expertinnen und Experten in eigener Sache. Ihr Wissen muss stärker in die barrierefreie Gestaltung von Praxen einbezogen werden. Die Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin, der Landesbeauftragte und die Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung sowie die Behindertenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene sind kompetente Ansprechpartner zum barrierefreien Bauen.

sie könnten das Budget überziehen und in Regress genommen werden, weigern sie sich reihenweise, dringend notwendige Therapien zu verschreiben. Sie bestehen – obwohl aus medizinischer Sicht oft unsinnig oder sogar schädlich – auf größeren Behandlungspausen usw., obwohl sie wissen, dass Verordnungen mit dem Vermerk „außerhalb des Regelfalles“ eigentlich unbegrenzt möglich sein sollten.

Schließlich sind auch noch die Defizite in der medizinischen Aus- und Weiterbildung anzusprechen, was die besonderen Belange behinderter Menschen im Falle einer Krankheit oder eines notwendigen Krankenhausaufenthaltes betrifft. Diese erleben regelmäßig, dass insbesondere im Krankenhaus in der Pflege auf ihre Behinderung nicht ausreichend oder falsch und manchmal sogar gefährlich reagiert wird.

Artikel 25 der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinde-

rung verlangt ein diskriminierungsfreies barrierefreies Gesundheitswesen. Deutschland hat die Konvention ratifiziert und sich damit verpflichtet, sie in nationales Recht umzusetzen. Betrachten wir die Artikel 4 und 33 genauer, so wird klar, dass es hier nicht um gute Empfehlungen geht, sondern um die Verpflichtung, diskriminierende Bestimmungen ab sofort nicht mehr anzuwenden, sie zu ändern oder ganz aufzuheben – auf allen politischen Ebenen, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Ich komme jetzt zu unserem im AK Barrierefreies Gesundheitswesen erarbeiteten Vorschlag. In enger Anlehnung an eine ähnliche Aktion in NRW haben wir den Entwurf einer „Gemeinsamen Erklärung“ vorbereitet, die das Ziel formuliert, „mehr barrierefreie Arztpraxen in Berlin“ zu schaffen. Bei den Unterzeichnern denken wir natürlich in erster Linie an die wichtigen Akteure im Gesundheitswesen – Kammern, KV, Kassen u.a.

Ich freue mich, dass Vertreterinnen und Vertreter dieser Institutionen hier sind und mit uns darüber diskutieren wollen. Obwohl von einigen Seiten schon Änderungsvorschläge vorliegen, trage ich unseren ursprünglichen Entwurf mit kurzen Kommentierungen vor, der dann als Diskussionsgrundlage dienen soll (sehen Sie den Kasten mit dem Entwurfstext).

Es geht uns nicht darum, von heute auf morgen 100-%-ige Barrierefreiheit in allen medizinischen Praxen zu erreichen – das ist natürlich unrealistisch. Was wir wollen, ist ein Bewusstseinswechsel – wir wollen, dass die politischen Weichen hin zu einem inklusiven Gesundheitswesen gestellt werden und dass wir uns diesem Ziel schrittweise nähern.

V.

Es bedarf der spezifischen Wissensvermittlung in Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildungsmaßnahmen für alle ärztlichen und therapeutischen Fachgebiete.

Datum

Unterschriften

Das Schwierigste ist – glaube ich – die Einigung auf einen anzustrebenden Standard von Barrierefreiheit, unabhängig von momentanen rechtlichen oder finanziellen Gegebenheiten. Wenn wir aber einmal festgelegt haben, was wir wollen, dann müssen Wege gefunden werden, wie die bestehenden Hürden beseitigt werden können. Das schließt – und da bin ich wieder bei der UN-Konvention – durchaus auch Änderungen von Gesetzen, Verordnungen oder anderen Regelwerken auf Bundes und Landesebene mit ein.

Natürlich muss es einen Bestandschutz für bestehende Praxen geben – wir wollen niemanden in den Bankrott

treiben. Aber wenn es gelänge, in absehbarer Zeit zu erreichen, dass neue Praxen grundsätzlich dem geforderten Standard entsprechend barrierefrei ausgestattet sind, dass bei der Übernahme einer bestehenden Praxis eventuell vorhandene Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Barrierefreiheit geprüft werden müssen und dass dafür auch Förderwege zur Verfügung stehen, dann käme endlich Bewegung in den Prozess zu mehr barrierefreien Arztpraxen.

Die „Gemeinsame Erklärung“ kann für uns in diesem notwendigen Prozess, dem sich heute keiner mehr entziehen kann, eine gute Plattform und große Hilfe sein.

RENATE HOFFMANN GEEHRT

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung in seiner 3. Amtsperiode überreichte die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Carola Bluhm, Frau Renate Hoffmann am 19. Mai 2010 im Auftrag des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

In der Begründung hieß es:

„Renate Hoffmann engagiert sich seit Jahren für die Spastikerhilfe Berlin e.V., erst im Elternbeirat und seit 1991 im Vorstand. Dort ist sie als kritische Betrachterin und Begleiterin der Arbeit im Verein und in der später gegründeten Genossenschaft geschätzt. Ferner wurde sie in den Landesbeirat für Menschen mit Behinderung berufen und dort ist dort aktiv. Die Initiative >Teilhabe für alle< wurde von ihr gegründet. Seit im Jahr 2007 das barrierefreie Gästehaus >Rosemarie Reichwein< der

Spastikerhilfe Berlin in Charlottenburg eröffnet wurde, führt sie es in ehrenamtlicher Arbeit.

Als engagierte Fürsprecherin von Menschen mit hohem Hilfebedarf, insbesondere auch in Heimen und Wohneinrichtungen, machte sie sich einen Namen. Sie beförderte und befördert die offene und ehrliche gesellschaftliche Akzeptanz

von Menschen mit Behinderung mit viel Öffentlichkeitsarbeit. Ihr Anspruch ist die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Diese sieht sie als einen stetigen Prozess, der immer wieder befördert werden muss, der neue Impulse, einen langen Atem und vor allem Mitstreiterinnen und Mitstreiter braucht.“

Der Vorstand der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. gratuliert Frau Hoffmann ganz herzlich zu dieser hohen Ehrung und wünscht ihr weiterhin viel Kraft und Erfolgserlebnisse.



Damit Rheumaforschung Zukunft hat:

PREIS DER STIFTUNG WOLFGANG SCHULZE 2010 FÜR FORSCHUNGSARBEIT ÜBER SAPHO-SYNDROM UNTERSTÜTZUNG FÜR FORSCHUNGSVORHABEN ÜBER SJÖGREN-SYNDROM

Am Sonnabend, den 5. Juni 2010, fand im Rahmen der Berliner Stiftungswoche in den Allianz Treptowers zum achten Mal die Preisverleihung der Stiftung Wolfgang Schulze in Berlin statt.

Das Preisgeld in Höhe von zehntausend Euro erhielten dieses Jahr Priv.-Doz. Dr. med. Annette Wagner, Medizinische Hochschule Hannover, und Dr. med. Gunter Aßmann, Universitätsklinikum des Saarlandes, für ihre gemeinsame Forschungsarbeit „Antibiotikatherapie beim SAPHO-Syndrom“. Dabei handelt es sich um eine seltene Erkrankung aus dem Formenkreis der rheumatischen Erkrankungen mit einem Altersgipfel bei jungen Männern und Frauen. Es waren sieben weitere Forschungsarbeiten eingereicht worden. Aufgrund der begrenzten Stiftungsmittel konnte in diesem Jahr nur eine Forschungsarbeit prämiert werden.

Dipl. Psych. Gisela Westhoff, Deutsches Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ), konnte die mehrköpfige Fachjury mit Vertretern aus Rheumatologie und Stiftungsvorstand von ihrem Forschungsvorhaben über das Sjögren-Syndrom überzeugen: Die Arbeit an „Verlauf und Prognose des primären Sjögren-Syndroms“ wird von der Stiftung unterstützt. Weitere sieben Forschungsvorhaben waren eingereicht worden.

Alle ausgezeichneten Forscher ha-

ben präsentierten ihre Arbeiten bei der Preisverleihung persönlich. Musikalisch wurde die Verleihung von Jungstudierenden am Julius-Stern-Institut der Universität der Künste Berlin begleitet.

Ziel der im Jahr 2002 ins Leben gerufenen Stiftung Wolfgang Schulze ist, die Forschung auf dem Gebiet entzündlicher und autoimmuner rheumatischer Erkrankungen finanziell zu unterstützen. Das geschieht durch die Auslobung von Preisen bis zu fünfzigtausend Euro pro Jahr. Die Forschungsergebnisse in- und ausländischer Forscher müssen neuesten Datums, erstmalig zur Veröffentlichung gelangt und noch nicht von anderer Seite gefördert worden sein.

Mehr Informationen rund um die Preisverleihung, die Preisträger und die Stiftung finden Sie unter www.rheuma-liga-berlin.de/Rheuma-Forschung.

Die Geehrten:

Priv.-Doz. Dr. med. Annette Doris Wagner ist seit Juli 2004 Oberärztin der Klinik für Nieren- und Hochdruckkrankungen an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH), wo sie auch Humanmedizin studiert hat. Nach einem Forschungsaufenthalt in Uppsala, Schweden, promovierte sie 1991 an der Medizinischen Hochschule Hannover. 1991 bis 1993 schlossen sich eine Postdoctoral Fellowship und 1995 ein Folgeprojekt an der renommierten Mayo

Clinic in Rochester, Minnesota/USA an. Nach klinischen Weiterbildungen in der Inneren Medizin an der Poliklinik der Ludwig-Maximilians-Universität München und der MHH habilitierte sie 2006. Seit 2007 ist Dr. med. Wagner Privat-Dozentin. 2001 wurde sie Fachärztin für Innere Medizin, 2002 für Innere Medizin und Rheumatologie und 2009 für Innere Medizin und Nephrologie.

Dr. med. Gunter Aßmann ist seit April 2006 Oberarzt der Medizinischen Klinik I für Hämatonkologie und Rheumatologie des Universitätsklinikums Homburg/Saar. Er studierte Humanmedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte von 1998 bis 2002. Berufliche Stationen in München, Aachen und Regensburg schlossen sich an. 1994 arbeitete er bei einem Auslandsaufenthalt im Hospital in Bumbuli/Tansania; 1997 verbrachte er ein Studiensemester an der Harvard Medical School in Boston/USA.

Dipl. Psych. Gisela Westhoff ist seit 2009 im Deutschen Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ) als Gruppenleiterin für Prognosestudien und Frühkohorten^{*)} verantwortlich. Sie ist bereits 15 Jahre lang am Institut als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Epidemiologie tätig. Nach ihren Studien der Sozialarbeit und der Psychologie in Frankfurt am Main folgten zwischen 1978 und 1994 berufliche Stationen als Psychotherapeutin am Institut für Sozialarbeit in Frankfurt/Main sowie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in Berlin, u.a. in der Abteilung für Psychosomatik und Psychotherapie am Klinikum Benjamin Franklin, Freie Universität Berlin.

Pressemitteilung der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V.

^{*)} **Kohorten:** *In der Soziologie Jahrgänge oder Gruppen von Jahrgängen, die der Abgrenzung von Bevölkerungsgruppen dienen (nach Wikipedia).*

Stiftung Wolfgang Schulze

verwaltet durch die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V.



AUSSCHREIBUNG

Die Stiftung Wolfgang Schulze schreibt folgende Vorhaben aus:

1. Forschungsprojekt: Einsendeschluss 30.09.2010

Zweck der Stiftung Wolfgang Schulze ist es, die Forschung auf dem Gebiet entzündlich-rheumatischer Erkrankungen finanziell zu unterstützen. Diese Unterstützung soll bereits bestehenden Forschungsprojekten zukommen, um diese zu erweitern, oder sie soll neu initiierten Projekten zukommen. Anträge sind formlos unter Angabe der vor-

gesehenen Verwendung der Mittel an die Stiftung zu stellen. Der Antragsteller benennt einen Ansprechpartner. Das zur Verfügung stehende Volumen liegt bei EUR 10.000,00. Nähere Informationen sind den **Vergaberichtlinien für Forschungsprojekte** zu entnehmen unter: http://www.rheuma-ligaberlin.de/fileadmin/Vergaberichtlinien_von_Forschungsprojekten_der_Stiftung_WS.pdf

2. Forschungspreis: Einsendeschluss 31.12.2010

Ziel der Stiftung Wolfgang Schulze ist

es, die Forschung auf dem Gebiet entzündlich-rheumatischer Erkrankungen finanziell zu unterstützen.

Das soll durch die Auslobung von Preisen bis zu 50.000,00 Euro pro Jahr erfolgen. Die Forschungsergebnisse in- und ausländischer Forscher müssen neuesten Datums, erstmalig zur Veröffentlichung gelangt und noch nicht von anderer Seite gefördert worden sein. Nähere Informationen sind den Vergaberichtlinien für Forschungspreise zu entnehmen unter: <http://www.rheumaligaberlin.de/fileadmin/Vergaberichtli->

[nien_der_Stiftung_Wolfgang_Schulze.pdf](#)

Informationen über die Preisvergabe-richtlinien und die Satzung:

Stiftung Wolfgang Schulze

c/o Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V.
Mariendorfer Damm 161 a, 12107 Berlin
Tel. 030/32 290 29 36 · Fax 030/32 290 29 39

Bank für Sozialwirtschaft

Konto 322 44 00, BLZ 100 205 00

E-Mail: stiftung@rheuma-liga-berlin.de

Web: www.rheuma-liga-berlin.de

STARKE FRAUEN – AUF DU UND DU MIT DEM STÖCKELSCHUH

**Die bekannten Künstlerinnen Elvira Bach und Ruth Eggers
in den Fördergruppen Harbigstraße**

Vier Frauen, die unterschiedlicher nicht sein können, haben gemeinsam ein Kunstwerk von außergewöhnlicher Ausdruckskraft geschaffen.

Die Initiative zu diesem einzigartigen Projekt kam von Dörte Eggers. Die Leiterin der Fördergruppen Harbigstraße wollte beweisen, dass auch Menschen mit sehr schweren Behinderungen gleichberechtigt mit nicht behinderten Menschen etwas Herausragendes schaffen können.

Mit ihrer Schwester Ruth Eggers, die als Kunstmalerin und Restauratorin in der Wesermarsch bei Bremen arbeitet, entwickelte sie eine kühne Idee. Zum ersten Mal überhaupt sollten namhafte Künstler zusammen mit behinderten Menschen ein Kunstwerk gestalten. Die beiden suchten Elvira Bach in ihrem Berliner Atelier auf und schafften es, sie für ihre Idee zu begeistern. Die weit über die Grenzen

Deutschlands hinaus bekannte Berliner Künstlerin gehörte in den 1980er Jahren zu den „Jungen Wilden“. Als einziger Frau gelang ihr der Durchbruch. Ihre Kunstwerke wurden schon im New Yorker Guggenheim Museum und im Bergamo Fine Arts in Venedig präsentiert.

Elvira Bachs neoexpressionistische Bilder zeigen starke Frauengestalten. Und starke Frauen waren die Partnerinnen von Ruth Eggers und Elvira Bach während des zweitägigen Workshops in der Harbigstraße.

Gesine Anschutz scheint ganz in ihrer eigenen Welt zu leben. Die große blonde Frau spricht nicht. Unstet wandern ihre Augen hin und her. Nur selten hält ihr Blick etwas fest. Sie gilt als schwer geistig behindert, wird seit 2003 in den Fördergruppen betreut und lebt in einer Wohnstätte der Lebenshilfe Berlin.

Britta Grützmaker ist der Sonnenschein der Fördergruppen. Kontrollier-



FOTO: PASCAL MEYER

te Bewegungen fallen ihr wegen ihrer Spastik sehr schwer. Nur wer mit ihr vertraut ist, kann sie sprachlich verstehen. Die freundliche Rollstuhlfahrerin lebt bei ihrer Familie.

Zwischen den vier Frauen entstand schnell Vertrauen und Nähe. Martina Klomann und Bettina Patschke-Taleb, zwei Mitarbeiterinnen der Fördergruppen, waren als Assistentinnen der behinderten Frauen dabei und halfen, anfängliche Unsicherheiten abzubauen. „Der Entstehungsprozess und das geschaffene Bild sind gleich wichtig“, sagt Dörte Eggers. Sie erzählt, wie die Freude am gemeinsamen Gestalten mit Farben und Formen sich bei Gesine Anschütz und Britta Grützmacher entwickelte und das Vertrauen in die eigenen

Fähigkeiten wuchs. Und die Künstler bestätigen, von ganz neuen Erfahrungen profitiert zu haben.

Einziger Mann im Team war Pascal Meyer. Der Fotograf und Kunstmaler hat das gesamte Projekt mit Film und Foto dokumentiert. Unentgeltlich übrigens – wie auch Ruth Eggers und Elvira Bach! Dem gebürtigen Schwaben hat die Aktion so gut gefallen, dass er jetzt eine Ausstellung in den Fördergruppen plant. Seit dem 1. März hängt das Kunstwerk als nachhaltiges Zeichen für gelungene Kooperation zwischen Menschen mit und ohne Behinderung im Büro des Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe. Sichtlich gut gelaunt, bedankte sich Hüppe für das Bild in seiner Lieblingsfarbe Blau. An der Feierstunde im

Kleithaus, dem Dienstsitz des Behindertenbeauftragten, nahmen neben den Künstlern, den behinderten Frauen und ihren Familien auch der kanadische

Botschafter Dr. Peter Böhm und der Historiker Götz Aly teil.
Christiane Müller-Zurek

LEBENSHILFE IST LEBENSFREUDE

Auftakt ins Jubiläumsjahr 2010

Ein halbes Jahrhundert ist es her, als eine Hand voll Eltern von Menschen mit geistiger Behinderung in einer Spandauer Wohnung die „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“, die heutige Lebenshilfe Berlin gründeten. Am 20. Februar lud sie deshalb Gründer, Freunde, Förderer, Unterstützer, Kooperationspartner und die ganze große Lebenshilfe Familie zum Festakt ins Rote Rathaus, dem politischen Herzen unserer Stadt. Nicht nur der Anlass, sondern auch der Ort war spektakulär. Für die gut gelaun-

ten fast 400 Gäste bildete der Wappensaal einen schönen Rahmen, sich zu zuprosten und zu freuen, Weggefährten zu treffen und stolz zu sein – auf das Erreichte und die vielen Menschen, die gekommen waren, um zu gratulieren. Das Programm im Saal begann mit dem eindrucksvollen Film „Impressionen aus 50 Jahren Lebenshilfe Berlin“ über die Menschen, um die es geht. So bestens eingestimmt, begrüßte Ulrich Arndt, der erste Vorsitzende der Lebenshilfe Berlin, die Gäste, davon

Beim Festakt der Lebenshilfe Berlin am 20. Februar 2010 im Wappensaal des Berliner Rathauses

FOTO: HANS D. BEYER



viele ganz persönlich. Er sprach über unsere Geschichte, über Ziele und Pläne. Dann übergab er das Wort an Carola Bluhm, die als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales unsere direkte Ansprechpartnerin in der Politik für viele Belange von Menschen mit Behinderung ist.

Die Senatorin bedankte sich, dass die Lebenshilfe Berlin „das Bild von Berlin als einer toleranten und für Menschen mit Behinderung lebenswerten Stadt wesentlich mitgeprägt hat“. Im Anschluss an ihre Grußworte verlieh sie Urkunden und Freiwilligenpässe für herausragendes freiwilliges Engagement, unter anderen an Mitglieder des Berliner Rats, der Selbstvertretung behinderter Menschen in der Lebenshilfe Berlin.

Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust, stellvertretende Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, betonte – auch im Hinblick auf ihre eigene Tochter – besonders die stetig am Puls der Zeit vorangetriebene Individualisierung unserer Angebote, welche die in der UN-Konvention festgeschriebenen Rechte von Menschen mit Behinderung erst ermöglichen. Die Lebenshilfe Berlin wird auch weiterhin neue Ideen und Konzepte entwickeln – damit jeder dazu gehört.

Als letzte Rednerin bezog sich Prof. Barbara John, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin, auf unser Geburtstagsmotto „Lebensfreude heißt auch Lebensmut. Lebensmut ist ansteckend. Bitte stecken Sie uns weiter an!“ Sie wies aber auch ganz richtig darauf hin, dass Einwanderer die Angebote der Behindertenhilfe noch zu wenig nutzen. Gerade in Berlin, wo – so Prof. Barbara John – bald jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund hat, ist das ein Thema, dem wir uns in den nächsten Jahren verstärkt widmen werden.

Den krönenden Abschluss der gelungenen Veranstaltung bildete das Theater Thikwà mit einer selbst geschriebenen Szene. Im Stil des Absurden Theaters führte es bürokratische Hürden vor, die sich beim Versuch aufbauen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Es geht weiter! Wir wollen gemeinsam feiern, lachen und planen.

Bitte schauen Sie immer mal wieder auf unserer Internetseite unter www.lebenshilfe-berlin.de vorbei. Die Termine werden ständig aktualisiert. Wir freuen uns, wenn auch Sie dabei sind.

Daniel Fischer, Erik Friedrich

Geschäftsführer Landesverband Berlin

ES BEWEGT SICH WAS ...

Erster Runder Tisch der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Schulhelferproblematik in Berlin unter Beteiligung des Elternzentrum Berlin e. V.

Der zuständige Abteilungsleiter Erhard Laube und weitere Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Bildung trafen sich am 25. Januar 2010 zur ersten Sitzung des „Runden Tisches Schulhelfer mit Manfred Thunig und René Faccin vom

Landeselternausschuss Berlin, unserer Vorsitzenden des Elternzentrum Berlin e. V. Sabine Behringer, dem damaligen Vorsitzenden des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung, Dr. Manfred Schmidt, der Schulleiterin der

Erika-Mann-Grundschule, Karin Babbe, und Jens-Jürgen Saurin, dem Schulleiter der Adolf-Reichwein-Förderschule“. Das Ziel des Runden Tisches ist eine Erhebung des derzeitigen Sachstandes, um das gegenwärtige Verfahren zu überprüfen und gemeinsame Möglichkeiten und Wege der Optimierung zu entwickeln.

Die Sitzung fand in einer sachlichen Atmosphäre statt. Die Bereitschaft aller Beteiligten, konstruktiv an Lösungen und Wegen mitzuarbeiten, war zu erkennen. Einvernehmen besteht darüber, dass am Runden Tisch gemeinsam nach Verbesserungsvorschlägen gesucht werden soll, um das Verfahren zur Schulhelferproblematik für die Betroffenen zu verändern sowie ggf. die Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 8/2009 anzupassen. So fand auf diesem ersten Treffen eine problemorientierte Diskussion statt, die auf einen weiteren konstruktiven Verlauf hoffen lässt.

Als Ergebnis des Runden Tisches soll nach demzeitigem Stand das Verfahren ausschließlich im Rahmen der gedeckelten Haushaltsmittel optimiert werden, was uns natürlich nicht zufrieden stellen kann. Einvernehmlich wurde der Vorschlag aufgenommen, besonders für die schwerstbetroffenen Autisten und schwerstbehinderten Schüler an allen Berliner Schulen eine unbefristete – allerdings überprüfbare – Genehmigung für einen eigenen Schulhelfer zu erteilen. Auch Nachbesserungen bezüglich des oft in der Realität nicht umsetzbaren gruppenbezogenen Einsatzes von Schulhelfern soll es geben. In der Senatsverwaltung wurde eine



Controlling-Gruppe gebildet, die bis Ende März alle Schulhelfereinsätze nachprüfen und die aktuellen Zahlen erheben soll. Die Ergebnisse sollten an dem für den 19. April 2010 stattfindenden Runden Tisch präsentiert werden. Das Elternzentrum bemängelt den späten neuen Termin, denn im März beginnt das Antragsverfahren für das Schuljahr 2010/11. Das Elternzentrum besteht auf zeitnahen Korrekturen und Lösungen, um ein neues Desaster zu verhindern

und um den Eltern und Schulen Planungssicherheit zu geben – und das nicht erst eine Woche vor den Sommerferien! Das Elternzentrum Berlin erwartet – wie sicherlich auch alle anderen Teilnehmer – eine transparente und gründliche Evaluierung der Ist-Situation mit nachvollziehbaren und belastbaren Zahlen. Nur so kann eine gemeinsame Ausgangslage geschaffen werden, auf deren Basis die weiteren Schritte eingeleitet werden können.

Auf Initiative unserer Elternvertretung legte die Senatsverwaltung aktualisierte Zahlen über Schüler mit dem Förderschwerpunkt Autismus an den Berliner Schulen vor. So gibt es nun in Berlin statt der bisher kalkulierten 217 Schüler mit dem Förderschwerpunkt Autismus mehr als die doppelte Anzahl, nämlich 484. Der Vorsitzende des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung, Herr Dr. Schmidt, trat als engagierter Unterstützer unseres Vereins und der betroffenen Familien auf und hakte besonders bei den bekannten unversorgten Fällen nach, die momentan zur Folge haben, dass Schülerinnen und Schüler ohne Schulhelfer erhebliche Probleme beim

Schulbesuch haben. Hierzu gab die Senatsverwaltung das Versprechen ab, diese Fälle gesondert nachzuprüfen.

Insgesamt ist das aus unserer Sicht ein guter Start des Runden Tisches. Allerdings wünschte sich das Elternzentrum weitere Elternvertreter und Experten an den Tisch und würde hierzu gern Vorschläge machen. Nun heißt es, die Ergebnisse der Evaluierung abzuwarten und weiterhin zielorientiert und konstruktiv an dieser Problematik mitzuarbeiten.

Unsere zentrale Zielstellung besteht darin, dass Menschen mit Behinderung nicht auf Grund ihrer Behinderung benachteiligt oder gar vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Das erfordert unter anderem die umgehende Anpassung des Budgets an

den tatsächlichen Bedarf der gestellten Schulhelferanträge für alle Kinder mit Behinderung!

Das am 28. Januar 2012 veröffentlichte Rechtsgutachten des Sozialverbands Deutschland e. V. und der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen e. V. „Zur Wirkung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihres Fakultativprotokolls auf das deutsche Schulsystem“ unterstreicht die Forderungen des Elternzentrums Berlin e. V., das Budget an den tatsächlichen Bedarf anzupassen und die Deckelung der unterkalkulierten Haushaltsmittel aufzuheben.

Torsten Hansen

Vorstand Elternzentrum Berlin e. V.

2. APRIL – WELTAUTISMUSTAG

Wo stehen wir im Jahr 2010?

Aufmerksamkeit auf Autismus zu richten, die öffentliche Wahrnehmung und das Wissen über das vielfältige Spektrum des Autismus zu erweitern, das sind die Ziele der Ausrufung eines Weltautismustages. Ganz zentrale Anliegen, wie etwa das, um mehr Verständnis, um mehr Teilhabe zu werben, sind allerdings Ziele aller Menschen mit Behinderungen, ihrer Angehörigen und Freunde. Weil wir uns dessen bewusst sind, haben wir im Jahre 2008 das Elternzentrum Berlin e. V. gegründet. Unser zentrales Ziel ist es, die Lebenssituation von autistischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verbessern. Auch die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen jenseits des autistischen Spektrums sollen vom El-

ternzentrum Berlin e. V. mit vertreten werden.

So legen wir unser Augenmerk auf die Hilfe und Beratung von Angehörigen, Betreuern und Menschen mit einer Diagnose aus dem autistischen Spektrum. Unsere Aktivitäten gestalten sich in Form von Einzelgesprächen, Elterntreffen, fachbezogenen Veranstaltungen und Diskussionsrunden und haben zum Ziel, wohnortnahe Therapiemöglichkeiten, Ausbildungsstätten und Betreuungsmöglichkeiten und andere weitere Angebote aufzuzeigen, rechtliche Unterstützung zu vermitteln sowie aufgrund umfangreicher persönlicher Erfahrungen auch auf vielen anderen Gebieten zu helfen. Unser Verein möchte zudem den Erfahrungsaustausch der Fachleute untereinander fördern,



Fortbildungen, Vorträge und Trainings organisieren, die wissenschaftliche Forschung zum Autismus fördern und neue wissenschaftliche Erkenntnisse an betroffene Familien und die Öffentlichkeit weiterleiten.

Ein Berliner Schwerpunktthema und damit auch Thema für das Elternzentrum Berlin e. V. ist momentan die mangelhafte Beschulungssituation autistischer Kinder. Zum Thema der Schulbegleitung – Stichwort Schulhelfer – wurde in der Zwischenzeit ein Runder Tisch eingerichtet, bei dem auch das Elternzentrum Berlin vertreten ist. Obwohl der Bedarf an Schulbegleitung gestiegen ist, hat der Berliner Senat das Budget massiv gekürzt. Der Verstößebericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zeigt diese unhaltbare

Situation deutlich auf. Klar ist, dass sich die missliche Lage nicht bessern wird, solange nicht dem Bedarf entsprechende und flexible Haushaltsmittel für die Schulhelferversorgung zur Verfügung gestellt werden.

Den akuten finanziellen Engpässen in der Schulhelferversorgung liegt allerdings ein tieferes, strukturelles Problem zugrunde: Kaum ein pädagogisches Studium beinhaltet die spezifische Förderung autistischer Kinder und den spezifischen Umgang mit ihnen. Hier füllen nicht selten die Schulhelfer eine Lücke. Die Einbindung in ein neurotypisches Umfeld kann für Autisten **an allen Lernorten** zusätzliche Hilfe erfordern. Zu dieser gehört ein maximales Maß an Verlässlichkeit, Kontinuität und Vertrauen, **um die Defizite des Lernorts**

zu kompensieren (solange der Senat nicht genügend Schulplätze schafft, die den Bedürfnissen von Autisten entsprechen). Diese Helfer nun abzuschaffen oder ihre Stunden massiv zu kürzen ist ein falscher und zudem voreiliger Schritt. Ein problembehaftetes System kann und darf man nicht streichen, bevor eine funktionierende Alternative etabliert ist, sonst sind ausgerechnet die betroffenen Kinder die Leidtragenden – wie es aktuell in Berlin der Fall ist. Insofern ist das kurzfristige Ziel des Elternzentrums Berlin die Aufhebung der Kürzungen in der Schulbegleitung, das langfristige Ziel eine strukturell verankerte, gute autismusspezifische Förderung.

Die vor einem Jahr in Kraft getretene UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bietet hierfür Argumente: Sie formuliert klar das Ziel der Inklusion, und ohne Eingehen auf die spezifischen Bedürfnisse von Autisten ist Teilhabe und Inklusion nicht möglich. Für unsere Selbsthilfe-Arbeit haben wir im vergangenen Jahr unter anderem zwei Konferenzen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen besucht und uns an zahlreichen weiteren Veranstaltungen aktiv beteiligt.

Im vergangenen Jahr haben wir uns auch der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin angeschlossen. Unseren Beitrag bei der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Be-

hinderungen zu leisten wird uns sicher besser gelingen, wenn wir gemeinsam an der Verbesserung der Bedingungen für Menschen mit Behinderung arbeiten und mit anderen Vereinen und Organisationen gut vernetzt sind.

Wir haben unsere Vereinsarbeit im vergangenen Jahr auf verschiedenen Ebenen auf den Weg gebracht. Weltautismustag 2010 heißt für uns, dass wir gut vorbereitet an die weitere Arbeit gehen: Für den Rest des Jahres sind Eltern-Themen-Cafés geplant, unsere Einzelberatung bewährt sich, die Arbeit an einer besseren Beschulungssituation geht weiter und auch zu den Themen Wohnen und Arbeiten entwickeln wir gerade neue Ideen, um nur einige unserer Betätigungsfelder zu nennen.

Die UN-Konvention wird unser Wirken sicher auf allen Ebenen prägen. Dass hier noch ein weiter Weg vor unserer Gesellschaft liegt, und genau deshalb haben wir – die Eltern von autistischen Kindern – das Elternzentrum Berlin e. V. gegründet, um unseren persönlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von autistischen Menschen zu leisten. Bei dieser ehrenamtlichen Arbeit ist uns jede Unterstützung willkommen, Sie sind daher herzlich eingeladen, uns näher kennen zu lernen und Mitglied in unserem Verein zu werden. Besuchen Sie uns doch mal unter: <http://www.elternzentrum-berlin.de>.

Torsten Hansen

Vorstand Elternzentrum Berlin e. V.

HOFFEST IN ALT-SCHÖNOW

Endlich habe ich es einmal geschafft, Frau Langes eindringliche Einladung zum Hoffest des Freundeskreises Camphill wahrzunehmen! Es war ja diesmal

auch ziemlich interessant gemacht worden: Eine Auszeichnung des Bundespräsidenten sollte verliehen werden! Problematisch war es schon, dorthin



zu finden – schon so gut wie in Brandenburg! Noch schwerer fiel es, einen Parkplatz zu finden.

Aber schließlich fand ich doch sowohl einen Parkplatz als auch den Weg zur Dorfgemeinschaft Alt-Schönow. Viele Besucher waren gekommen, so auch der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit Gattin und Herr Lehmann von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung. Die Diepgens,

so habe ich mir sagen lassen, sind sehr gern gesehene Gäste, weil sie das Projekt von Anfang an tatkräftig unterstützt haben.

Nach diversen Reden wurde der Dorfgemeinschaft der Ehrentitel „Ausgewählter Ort 2010“ verliehen. Dazu gab es eine Urkunde, unterzeichnet vom schon nicht mehr amtierenden Bundespräsidenten Horst Köhler. Das tat aber der Freude keinen Abbruch, wie man dem Foto entnehmen kann, auf dem Frau Langes Tochter Cora fröhlich die Urkunde schwenkt. Restlos begeistert war ich von den lyrischen Beiträgen zweier junger Dichter aus dem Kreis der Dorfbewohner. Wer mag da noch von „geistiger Behinderung“ sprechen? Für mich waren es neue, bewegende Eindrücke. Ich denke, ich werde mich bei den nächsten Malen wieder sehen lassen.

H. Eisel (Text und Bild)



*Liebe Mitglieder der Landesvereinigung Selbsthilfe, mit diesem Artikel möchten wir Ihnen einen Einblick in die Arbeit der Berliner Landesantidiskriminierungsstelle bieten. Wir würden uns sehr über Ihre Anregungen und Kritik freuen. Ihre Zuschriften, die Sie an antidiskriminierungsstelle@SenIAS.Berlin.de senden können, sind uns daher höchst willkommen. Im Folgenden geben wir zunächst einen Gesamtüberblick und werden in einem späteren Artikel das Augenmerk gezielt auf die Beratungsinfrastruktur für Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) richten. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.
Ihre Eren Ünsal
Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung*

GLEICHBEHANDLUNG IST IHR GUTES RECHT!

Der Ansatz Berlins und seiner Landesantidiskriminierungsstelle

Das Recht (!) auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung durchzusetzen, ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Ziele des Berliner Senats. Vor diesem Hintergrund wurde die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (verwaltungstechnisch liebevoll abgekürzt: LADS) eingesetzt. Sie ist dem Ressort Integration, Arbeit und Soziales zugeordnet. Berlin, Brandenburg und Hamburg sind die bisher einzigen Bundesländer, die – wenn auch mit unterschiedlichem Zuschnitt – auf ministerieller Ebene Antidiskriminierungsstellen eingerichtet haben. Die LADS hat ihre Arbeit im April 2007 aufgenommen. Zentrales rechtliches und inhaltliches Fundament ihrer Arbeit ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Sein Ziel wie unseres ist es, Benachteiligungen aufgrund einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Lebensalters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Die LADS arbeitet mit einem „horizontalen“ antidiskriminierungsrechtlichen An-

satz: unter den Diskriminierungsmerkmalen darf es keine Hierarchien geben, alle sind gleichermaßen schützenswert und alle müssen mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft werden. Transparenz, Dialogbereitschaft und Offenheit sind die wichtigsten Grundprinzipien der Arbeit der Landesstelle. Zu diesen Grundprinzipien gehört es, Interessengruppen wie beispielweise die Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin in gemeinsame Aktivitäten einzubinden und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten. Ziele der Zusammenarbeit sind vor allem die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Strategien gegen Diskriminierung.

Öffentlichkeit sensibilisieren

Hand auf's Herz: kennen Sie Ihre Rechte im Falle einer Diskriminierung? – Die EURO-Barometer-Zahlen, nach denen nur ein knappes Drittel der EU-Bürger (in Deutschland 27 %, in Finnland 65 %) Kenntnis über die eigenen Rechte im Diskriminierungsfall und die Existenz von Antidiskriminierungsgesetzen hat, verdeutlichen, dass Informations- und

Diskriminierung hat viele Gesichter



... **zu lesbisch**
für die neue Wohnung?



... **zu alt**
für den Job?



Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung



Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Oranienstraße 106, 10969 Berlin
Telefon: 030/9028-1866, www.berlin.de/lads
antidiskriminierungsstelle@senas.berlin.de



... **zu religiös**
für den Ausbildungsplatz?



... **zu behindert**
für den Restaurantbesuch?



... **zu schwarz**
für den Stadttour?



... **zu weiblich**
für den Aufstieg?



... **zu schwul**
für das Grundgesetz?

Gleichbehandlung ist Ihr gutes Recht!

Plakat der LADS zur Kampagne für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Öffentlichkeitsarbeit zentrale Elemente jeder wirksamen Antidiskriminierungspolitik sein müssen. So ist unstrittig, dass gezielte Maßnahmen zur Erhöhung der Sensibilität gegenüber Benachteiligungen und zur Verbesserung der Kenntnisse über Rechte und Beratungswege dringend erforderlich sind, um wirksamer gegen Diskriminierungen vorgehen zu können.

Gegen Diskriminierung vorzugehen, heißt zunächst, sie sichtbar zu machen. Entsprechend startete die LADS im Dezember 2008 die Informationskampagne „Diskriminierung hat viele Gesichter!“. Im „Berliner Fenster“ – dem Fahrgastfernsehen der Berliner U-Bahn – wurden zwei alternierende 30-Sekunden-Spots der LADS gezeigt. Diese Kampagne hat

viele Menschen erreicht und ermutigt, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Das „Berliner Fenster“ erreicht an einem Wochentag mehr als 1 Mio. Fahrgäste! Die Kampagne bewirkte außerordentlich positives Echo und wird deshalb ausgeweitet fortgeführt; aktuell liegt ein Kampagnenfaltblatt vor.

Von der LADS organisierte Fachveranstaltungen sind ein Forum für zentrale Fragen der Antidiskriminierungspolitik. Hier kommen die einschlägigen Personengruppen aus dem selbsthilfe- und zivilgesellschaftlichen Bereich, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen. Auch auf diese Weise werden Kooperationsstrukturen aufgebaut und gestärkt. In den vergangenen Jahren wurden Veranstaltungen unter anderem



Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

zu den Themen „Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“, „Altersdiskriminierung“, „Homophobie“, „Diversity in der Verwaltung“ sowie „Mehrfachdiskriminierung“ durchgeführt. Für September ist eine Fachtagung zum Thema „Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle Menschen mit Behinderung“.

Die LADS bietet mehrmals im Jahr Fortbildungen im Themenfeld Antidiskriminierungsberatung für Freie Träger an. Es werden merkmalsbezogene Workshops angeboten, wie z. B. die Fortbildung „Altersdiskriminierung“ für Koordinierungsstellen Rund ums Alter und AGG-Beschwerdestellen.

Als besondere Leistung bietet die LADS Diversity-Trainings zu wechselnden Schwerpunkten – bisher zu „Behinderung“, „Religiöse und Weltanschauliche Zugehörigkeit“ sowie „Soziale Zugehörigkeit“ – an und führt Qualitätsfortbildungen zu Interkultureller Öffnung für die geförderten Projekte im Handlungsfeld gleichgeschlechtliche Lebensweisen durch.

Die LADS veröffentlicht Materialien um Bürger/innen zu informieren und die Arbeit der Projekte zu unterstützen. So hat die LADS ein AGG-Faltblatt in fünf verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Einen Überblick über die wichtigsten Anlaufstellen bietet ein Beratungsführer. Er hilft Berliner/innen Unterstützung

zu finden, listet wichtige Adressen auf und enthält ein Protokollmuster, das der Dokumentation von Diskriminierungssituationen dient. Besonderen Anklang finden auch die Broschüren und Dokumentationen der LADS zu vielfältigen Themen.

Beratungsinfrastruktur stärken und Datenerfassung sichern

Die LADS setzt sich dafür ein, dass von Diskriminierung Betroffene kompetente Beratung und Hilfe erhalten. Hierfür koordiniert und unterstützt die LADS ein berlinweites Projekte-Netzwerk. Berlin ist in der glücklichen Lage, einerseits auf diese engagierte Trägerstruktur verweisen zu können, die schon bisher für die von Diskriminierung bedrohten Zielgruppen gute Arbeit geleistet hat. Beispiele hierfür sind die Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin, das ADNB (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin), die Verbraucherzentrale, der Landes-seniorenbeirat oder die Lesben- und Schwulenprojekte Mitglieder des LADS Beratungsnetzwerkes. Darüber hinaus kann auf das Know-how und die Erfahrungen der Ansprechstellen auf Landes- und Bezirksebene (Landes- und Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, bezirkliche Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte etc.) gesetzt werden. Um die Qualität der Beratungsarbeit weiter zu erhöhen und insbesondere auch deren rechtliche Dimension zu stärken wurde in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien der Humboldt-Universität ein praxisnahes System zum Austausch relevanter und aktueller Rechtsinformationen und -einschätzungen aufgebaut.

Natürlich ist auch die Verwaltung als



Leiterin Eren Ünsal am Stand der LADS zur Eröffnung der Seniorenwoche 2009

Arbeitgeberin und kundenorientierte Dienstleisterin gefordert, die Vorgaben des AGG umzusetzen. Inzwischen sind in allen Senatsverwaltungen und Bezirken behördeninterne AGG Beschwerdestellen eingerichtet worden und kommen auf Einladung der LADS regelmäßig zum Erfahrungsaustausch zusammen.

Diskriminierungstatbestände und -bereiche aufzuhellen sowie die kontinuierliche und aussagekräftige Datenerfassung von Beschwerdefällen in Berlin zu ermöglichen ist wichtiges Anliegen der LADS. Langfristiges Ziel der diesbezüglichen Anstrengungen ist eine differenzierte Datenaufbereitung und -analyse, aus der heraus sich Rückschlüsse über Ausmaß und neuralgische Bereiche von Diskriminierung in Berlin ziehen und Handlungsempfehlungen ableiten lassen.

Anerkennung unterschiedlicher sexueller Orientierungen ausbauen

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der LADS ist es, für die Anerkennung unterschiedlicher sexueller Orientierungen einzutreten. Der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vertritt als Teil der LADS für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen. Es werde in diesem Themenfeld Projekte und Aktivitäten unterstützt, die die Emanzipation fördern, Diskriminierungen abbauen und die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen weiter entwickeln. Eine echte Erfolgsgeschichte begann, als das Abgeordnetenhaus im April 2009 die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ beschloss. Die LADS übernahm für deren Umsetzung die Federführung und koordinierte die zuständigen Senatsverwaltungen. Die LADS bezog zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure in den Planungsprozess ein. Die Verantwortlichen erstellten mit großem Engagement und in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten NGOs eine Bedarfsanalyse und formulierten daraus Empfehlungen für ein umfangreiches Maßnahmenpaket für Berlin. Die Implementierung der vielfältigen Maßnahmen wird aktuell durch die LADS gemeinsam mit den Senatsverwaltungen und NGOs umgesetzt.

Rassismus und ethnische Diskriminierung bekämpfen

Im März 2006 ist Berlin der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und Diskriminierung beigetreten. Es gehört zu den Aufgaben der LADS, Berlin in diesem Bündnis aktiv zu vertreten. Die im Rahmen der Städtekoalition



Der ehemalige Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Martin Marquard, bei einem Diversity-Training der LADS

FOTOS UND GRAFIKEN: LADS

eingegangenen Verpflichtungen werden im Rahmen eines Bündels vielfältiger Maßnahmen und Strategien verfolgt, mit denen der Senat Fremdenfeindlichkeit und Rassismus begegnet. Im Juli 2007 wurde die Erarbeitung eines Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAP) vom Landesbeirat für Integration und Migration beschlossen. Der LAP dient als konzeptionelle Grundlage für die Umsetzung von Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsaufgabe in allen Politik- und Verwaltungsbereichen. Die LADS hat Ende 2008 die Federführung für den LAP übernommen. Mit der Erarbeitung und Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung steht

ein besonders gewichtiges, strukturell und präventiv wirksames Vorhaben auf der Agenda der LADS. In 2010 werden für Handlungsfelder der Berliner Verwaltung mittel- und langfristige Ziele definiert, Empfehlungen formuliert und Handlungsschritte zur Zielerreichung festgelegt um in 2011 in die konkrete Umsetzung zu gehen. Auch in diesem Prozess ist die enge Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft wichtiges Erfolgskriterium.

Diversity-Management in der Berliner Verwaltung umsetzen

Berlin ist als erstes Bundesland im Dezember 2007 der Charta der Vielfalt beigetreten. Mit dem Beitritt hat der Berliner Senat erneut unterstrichen, dass

er seiner Verantwortung als Arbeitgeber und Dienstleister, der gleiche Chancen nachhaltig fördert, nachkommt. 2009 hat die LADS die Zuständigkeit für die Koordinierung der Umsetzung übernommen. Nach Auffassung des Senats tragen gezielte Diversity-Prozesse dazu bei, Fortschritte auf dem Weg zu einer modernen Verwaltungskultur zu erzielen, die von Wertschätzung jeder und jedes Einzelnen und von einem vorurteilsfreien Arbeitsumfeld geprägt ist. Davon profitieren die Beschäftigten des Landes ebenso wie Bürgerinnen und Bürger. Dies zeigt sich konkret durch den umfassenden Diversity-Umsetzungsprozess, in dem sich das Land Berlin befindet. Dieser Prozess hat u. a. zum Ziel, die Personalabläufe unter Diversity-Aspekten systematisch zu prüfen, die Umsetzung des AGG in der Berliner Verwaltung voranzutreiben, die Charta der Vielfalt zum Thema des internen und externen Dialogs zu machen und Diversity-Richtlinien für den Öffentlichen Dienst zu entwickeln. Nicht zuletzt geht es auch darum, jüngere Menschen schon frühzeitig zu ermutigen, sich für Chancengleichheit und gegen Ungleichbehandlung einzusetzen. Mit dieser Zielrichtung beteiligte sich die LADS im letzten Jahr erstmals auch an den Initiativen rund um den Diversity-Day, der von der Europäischen Grundrechte-Agentur ins Leben gerufen wurde. In seinem Mittelpunkt stehen Schulwettbewerbe, in dessen Rahmen Projekte ausgezeichnet werden, die sich der Förderung von Vielfalt, der interkulturellen Öffnung und der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit besonders erfolgreich angenommen haben.

Das Verständnis dafür, dass ein akti-

ves Vorgehen gegen Diskriminierung und die Förderung einer Kultur der Vielfalt zwischenzeitlich zentrale Kriterien geworden sind, an denen sich auch eine moderne Verwaltung messen lassen muss, ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Das Land Berlin hat deswegen jetzt im Rahmen seiner Verwaltungsmodernisierungsprozesse gezielt Mittel für das von der LADS beantragte Projekt „Berlin – Stadt der Vielfalt“ bereitgestellt, um die bisherigen Diversity-Prozesse zu bündeln, weiterzuentwickeln und zu optimieren. Das Projekt hat seine Arbeit engagiert aufgenommen und entwickelt aktuell ein Instrument für den „Diversity-Check“ in der Verwaltung.

Ausblick

Seit vier Jahren bietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz einen grundsätzlichen Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Arbeits- und Zivilrecht. Jedoch wird das AGG immer wieder von Expertinnen und Experten kritisiert, da es in vielen Punkten als unzureichend erachtet wird, um einen wirksamen Diskriminierungsschutz zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden häufig das Fehlen von Merkmalen, das nicht ausreichende Verbandsklagerecht, kaum abschreckende Sanktionen bei Verstößen und die eng bemessenen Klagefristen genannt. Langfristiges Ziel muss es daher sein, die Schwachpunkte des AGG zu dokumentieren und seine Weiterentwicklung durchzusetzen. Obwohl wir in Berlin - nicht ganz ohne Stolz - feststellen können, dass sich

die inzwischen dreijährige Arbeit der Landesstelle bewährt hat, stehen wir immer noch am Anfang unserer Arbeit. Es kommt noch viel zu oft vor, dass Menschen mit Behinderungen die Mitnahme in einem Taxi oder der Abschluss bestimmter privatrechtlicher Versicherungen verweigert wird, in einer Stellenbeschreibung statt fundierter Deutschkenntnisse die „Muttersprache Deutsch“ gefordert wird, Menschen aufgrund ihres (ausländisch klingenden) Namens keine Wohnung bekommen, oder willkürliche Altersgrenzen Menschen schlichtweg als „zu jung“ oder „zu alt“ für bestimmte Aufgaben abstem-peln. Untersuchungen und Umfragen – wie die des Eurobarometer - belegen, wie notwendig Aufklärung und Beratung sind. Diese Studienergebnisse und die geringe Anzahl der Beratungsfälle und Klagen zeigen deutlich, dass potentiell Betroffene über die Beratungsangebote und ihre rechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichend informiert sind. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass Betroffene häufig aufgrund verschieden begründeter Ängste oder aufgrund der Bagatellisierung der Diskriminierungserfahrung davon absehen ihre Rechte nach dem AGG wahrzunehmen. In diesem Kontext sind nicht nur Informationsangebote wichtig, sondern auch gezielte Empowermentstrategien, um Betroffene darin zu bestärken sich gegen Diskriminierung zu positionieren. Zweifelsohne bedeutet eine wirksame Antidiskriminierungspolitik nicht nur die Sicherung und Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens, sondern sie muss weit darüber hinaus reichen. So ist die Umsetzung von Diversity-Strategien in der Verwaltung eine politische Quer-

schnittsaufgabe und erfordert Anstren-gungen auf vielen Ebenen. Die gesamte Verwaltung durchläuft einen Wandel des eigenen Selbstverständnisses, und dieser Veränderungsprozess wird nicht ohne Schwierigkeiten vonstattengehen. Nicht nur aus diesem Grund ist es eine herausragende Managementaufgabe, das Ziel der diversity-sensiblen und diskriminierungsfreien Verwaltung zu erreichen.

Eine antidiskriminierungspolitische Gesamtstrategie muss schließlich in der Lage sein zu verdeutlichen, dass Diskriminierungsschutz ein grundlegendes Menschenrecht ist und gleichzeitig einen wichtigen Nutzen für alle Menschen darstellt. Eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Bevölkerung ist ein wichtiges und bereicherndes Merkmal unserer Gesellschaft und ermöglicht einen stabilen sozialen Zusammenhalt. Zur Wertschätzung der Vielfalt gehört untrennbar, Diskriminierungen jeglicher Art zu verhindern. Dies zu erreichen ist eine langfristige Aufgabe, die durch professionelle Beratung, nachhaltige gesellschaftliche Sensibilisierung und konsequente Bekämpfung struktureller Diskriminierungen zu erreichen ist. Dazu gehören ein auf die Potentiale der Vielfalt orientiertes Diversity-Management und eine konsequente Antidiskriminierungspolitik. Das Land Berlin wird auch weiterhin seinen Beitrag dafür leisten.

Die genannten Materialien und Broschüren sowie weitergehende Informationen sind auf unserer Homepage zu finden: www.berlin.de/lads

Eren Ünsal, Marlene Kölling
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

MUSTER DES NOTRUF-FAXES FÜR GEHÖRLOSE UND STARK HÖRGESCHÄDIGTE MENSCHEN

Notruf-Fax (nur in Berlin)



von Gehörlosen / Schwerhörigen / Ertaubten

An Fax-Nummer **Feuerwehr 112**
 Polizei 110

Meine Adresse: (im Voraus eintragen und kopieren)

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl/Ortsteil _____

Vorderhaus Hinterhaus Seitenflügel Welche Etage? _____

Meine Fax-Nummer : _____ „Ich bitte um sofortige Rückbestätigung“

Notruf 112 Feuerwehr „Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen“

Was ist passiert?

- Person in Notlage Verletzte Person Heftiger Brustschmerz
 Atemnot Schwere Verletzung Schwere Blutung
 Geburtshilfe Errechneter Geburtstermin? _____
Welche Woche? _____ Wievielte Schwangerschaft? _____ normale Geburt? ja / nein
 Vergiftung Womit vergiftet? _____
 Feuer
 Im Haus wo im Haus? _____
 Im Freien wo im Freien? _____
 Verkehrsunfall
 Nur Blechschaden (Polizei 110) mit Personenschaden (Feuerwehr 112)
 Notlage
 Wasserschaden (im Gebäude), wo im Gebäude? _____
 Tier Gasgeruch Wasserrohrbruch (wo auf der Straße?) _____

Notruf 110 Polizei „Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen“

- Überfall Einbruch Täter vor Ort Täter nicht vor Ort
 Häusliche Gewalt mit Personenschaden
 Schlägerei Anzahl der Personen
 Verdacht Falsche Amtsperson (z.B. Gas-, Stromableser, Polizist, usw.)
 Sonstige Anlässe z.B. _____

Sonstige wichtige Angaben : _____



GEHÖRLOSENVERBAND BERLIN e.V., Friedrichstraße 12, 10969 Berlin, Telefon und Fax 251 70 53
info@deaBerlin.de www.deaBerlin.de

NEUE REGIONALZÜGE IN BERLIN UND BRANDENBURG

Am 7. Mai hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Angehörigen der dort ansässigen Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung“ ganz kurzfristig auf den Bahnhof Lichtenberg eingeladen. Die auch in Hennigsdorf angesiedelte Firma Bombardier Transportation wollte den Menschen mit Behinderung ihren Zug „Talent 2“ vorstellen, den die Deutsche Bahn Regio AG für den Regionalverkehr in Berlin und Brandenburg beschaffen will. Leider war gleich der erste Eindruck nicht ungetrübt. Vorgestellt wurde eine Variante, die für Nürnbergs S-Bahn gebaut wird. Demzufolge waren die Wagentüren nicht auf der für Berlin typischen Bahnsteighöhe eingestellt. Wie kann man auch erwarten, dass Deutschland

einheitliche Bahnsteighöhen kennt? Immer wieder merkt man: Deutschland, uneinig Kleinstaatensbund!

Für Berlins Rollstuhlfahrer gab es weiteren Grund zur Klage. Anders als beim bisherigen Standard von 5 Rollstuhlplätzen je Zug, konnte der vorgestellte Zug mit lediglich 2 solchen Plätzen aufwarten. Zwar gibt es theoretisch weitere Stellmöglichkeiten, von dort besteht aber kein Zugang zu der nur mit heftigem Augenzwinkern behindertengerecht zu nennenden Toilette. Alle anwesenden behinderten Besucher waren sich einig, dass ein Rückfall hinter den Standard von 5 Rolli-Plätzen nicht akzeptiert werden darf, denn die Züge werden lange, womöglich 30 bis 40 Jahre, im Einsatz sein. Es liegt jetzt am

Angeregte Diskussion am „Talent 2“. Halbrechts (mit blauer Krawatte) Jens Ehrlich von der DB Regio AG

FOTO: A. KABAKOW



Besteller Deutsche Bahn Regio AG, seinen Auftrag (man spricht von einem „Aufgabenheft“ bzw. „Lastenheft“) so zu gestalten, dass nur Züge beschafft und eingesetzt werden, die die Bezeichnung „barrierefrei“ auch verdienen.

Schwer dürfte das eigentlich nicht sein, wirbt der Hersteller doch damit, dass der „Talent 2“ auch innen flexibel konzipiert sei: „Die Basisvariante erfüllt mittels 250 verschiedener frei wählbarer Optionen individuelle Kundenwünsche und Fahrgastansprüche. Im Laufe des Einsatzes können auf Wunsch Einzelkomponenten wie Türen oder WCs nachträglich ein- oder ausgebaut werden, um die Züge den sich mit der Zeit verändernden betrieblichen Randbedingungen anzupassen.“

Ein Positivum allerdings gibt es zu vermelden. Seit Anfang der 1990-erjahre fordere ich die regionalen Verkehrsbetriebe immer wieder auf, bei der Fahrgastinformation im Zug unbedingt das 2-Sinne-Prinzip anzuwenden. Das heißt nichts anderes, als dass jede Information, die akustisch gegeben wird (also die Durchsagen), auch nachgelesen werden kann. Und umgekehrt. Das nicht nur für die üblichen Informationen – Strecke, nächster Bahnhof, Ankunfts- und Abfahrtszeit –, sondern auch bei außer-



SCREENSHOT: DB REGIO AG

gewöhnlichen Situationen. Wie schön, dass ich auf Nachfragen bestätigt bekam, dass man tatsächlich Displays einbauen will, bei denen eine laufende Schriftzeile auf die erwähnten außergewöhnlichen Zustände aufmerksam macht. Ich habe diese Zeile auf dem hier abgebildeten Bildschirm-Schnappschuss mit einem Pfeil markiert. Die Zeile scheint im Größenvergleich zu den anderen Informationselementen etwas fipsig geraten zu sein, aber ich hoffe, dass die laufende Schrift ausreichend Aufmerksamkeit erregt.

Dieser positive Umstand soll die gehörlosen, schwerhörigen und ertaubten Menschen aber nicht daran hindern, die Forderung der Rollstuhlfahrer solidarisch zu unterstützen. Der Vorstand der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. hat sich schon mit der entsprechenden Forderung an die Bahn gewandt.

Hartwig Eisel

UNTERTITEL WERDEN GETESTET

Obwohl ich es an den im Internet stehenden Protokollen des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung nicht mehr nachvollziehen kann, erinnere ich mich noch sehr gut an eine gemeinsame Sitzung des Berliner Landesbeirats mit dem Brandenburger. Bei dieser Gelegenheit stellte eine Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) ihr Projekt „DVB-T4all“ (Digitales Fernsehen für Alle) vor, bei dem verschiedene Formen der Untertitelung im digitalen Antennen-Fernsehen (DVB-T) getestet werden sollten. Zu diesem EU-weit angelegten Projekt wollte man bei der EU einen Förderantrag stellen. Die Beiräte wurden gebeten, den Antrag schriftlich zu unterstützen, was sie auch taten. Danach war eine ziemlich lange Zeit nichts mehr zu hören, bis sich dann 2008 die Gruppe meldete und um Unterstützung bei der Gewinnung von etwa 50 Testpersonen unter den gehörlosen, schwerhörigen und ertaubten Menschen in Berlin und Brandenburg bat. Das Interesse war groß, so dass die gewünschte Anzahl in paritätischer Aufteilung von gehörlosen, schwerhörigen und ertaubten Teilnehmern aus beiden Bundesländern schnell zusammen kam.

Der Test startet

Im Februar 2009 erhielten die ausgewählten Tester ihre Set-Top-Boxen, mit denen sie über Tischantenne das Fernsehprogramm digital empfangen konnten. Das Besondere an dieser Box war, dass sie ein Menü für ebenfalls digital gesendete Untertitel enthielt. In der letzten Februarwoche startete dann der Test. Jede Woche erhielten

die Tester einen Auswertungsbogen zugesandt. Anhand eines Angebots ausgewählter Sendungen des rbb sollten sie beurteilen: Schriftart, Schriftgröße, Schrift hintergrund, Gesamteindruck. Lange Zeit war den Testern nicht restlos klar, was von ihnen erwartet wurde. Manchmal war der Eindruck entstanden, man bekäme immer dasselbe vorgesetzt, mit gewissen kleinen Änderungen. Und dann gab es noch ein paar kleine, unerklärliche Macken: Die Untertitel sprangen unmotiviert zwischen links, rechts und Mitte, bei der Tagesschau klappte oft die dritte Textzeile nach und konnte manchmal nicht gelesen werden.

So war es vielen Testern willkommen, dass die Projektgruppe zum 13. Juli nach Potsdam einlud, um einander kennen zu lernen und erste Erfahrungen auszutauschen. Nach der Begrüßung durch den Produktions- und Betriebsdirektor, Herrn Nawid Goudarzi, stellten die Projektleiterin, Frau Bettina Heidkamp, und Herr Sven Glaser als Projektingenieur das Projekt in seinen Einzelheiten und die ersten Ergebnisse des Tests vor. Am Projekt „DTV4All“ sind Fernsehanstalten, Firmen und Bildungseinrichtungen aus mehreren Ländern Europas beteiligt. Obwohl ich aus dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderung lange vorher in das Projekt eingeweiht war, ging mir erst bei dieser Gelegenheit der fundamentale Unterschied auf, der zwischen den Untertiteln besteht, wie wir sie kennen, und der Untertitelung in dem Projekt. Die traditionellen Untertitel sind Bestandteil des Videotextes und werden nach einem analogen Verfahren gebildet und



Gespannt verfolgen die UT-Tester die Präsentation der Ergebnisse. Links Antje Benke, die im Projektteam für das Organisatorische zuständig ist

FOTO: EISEL

ausgestrahlt. Die Untertitel des Projekts sind zwar inhaltlich dieselben, die über Videotext ausgestrahlt werden, aber sie bilden eben eine eigene digitale Funktion des DVB-T-Verfahrens. Sie müssen mit spezieller digitaler Hard- und Software aus dem analogen Untertitelangebot umgewandelt werden.

Offensichtlich waren – wenigstens zu diesem Zeitpunkt – die technischen

Lösungen noch nicht so ausgereift und mussten nachgebessert werden. Doch auf den Test selbst hat das keine Auswirkungen, denn es kam ja auf jeweilige Gestaltung der Untertitel an. Bei der Auswertung ergab sich, dass der Eindruck sehr stark vom individuellen Geschmack geprägt sein wird und dass Mehrheiten entscheiden werden. Ich selbst finde mich nicht überall wieder, erkenne aber an, dass wohl oder übel „demokratisch“ vorgegangen werden muss.

Schwerhörige Fernsehzuschauer sollten nach dem Untertitteltest auch noch ein Verfahren bewerten, mit dem man störende Hintergrundgeräusche (Filmmusik) reduzieren oder wegdrücken kann, um ein besseres Sprachverständnis zu ermöglichen. Dieser Test ist für mich und einige Bekannte recht unbefriedigend verlaufen.

Auswertung mit den Testern

Am 28. Mai 2009 schließlich lud die Projektgruppe die Teilnehmer an dem Untertitteltest eingeladen, um ihnen das Ergebnis zu präsentieren. 36 Wo-

Haus Rosemarie Reichwein – Bildungs- und Begegnungsstätte

Barrierefreies Gästehaus für Menschen mit Behinderungen des Spastikerhilfe Berlin e. V. mit 32 Betten und zwei Seminarräumen für bis zu 60 Teilnehmer.

Haus Rosemarie Reichwein des SHB e. V.,
Kranzallee 36, 14055 Berlin

Tel.: 030/25 46 97 52

Fax: 030/25 46 97 53

haus.reichwein@spastikerhilfe.de

www.spastikerhilfe.de

Das Projekt wurde verwirklicht aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und der Aktion Mensch.





*Untertitelmuster mit Schrift „Tiresias Screenfont“
und Transparenz 80 ...*

... und 60

chen lang hatten die Tester bestimmte untertitelte Sendungen des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) verfolgt und ihre Eindrücke von Schriftart, Schriftgröße und Schrifthintergrund mitgeteilt. Den besten Eindruck, gemessen an den Stimmen, hinterließ die Schrift „Tiresias Screenfont“ in Normalgröße auf einem teiltransparenten Hintergrund (Wert 80). Diskutiert wurde in der Runde noch die Wechselwirkung zwischen Untertiteln und schriftlichen Informationen auf dem Bildschirm (z. B. Name des Sprechers). Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten, Konflikte zu vermeiden:

1. ein Zeitfenster zwischen den Untertiteln, in dem die schriftliche Hintergrundinformation aufgenommen und verarbeitet werden kann,
2. die Platzierung der Untertitel an anderer Stelle (z. B. am oberen Bildrand), was aber seltener praktiziert wird,
3. hinreichende Transparenz des Untertitelhintergrundes, die das Mitlesen der Hintergrundinformation wenigstens zum Teil ermöglichen könnte.

Gerade an der letztgenannten Alternative entzündete sich noch einmal die Diskussion, und es stellte sich heraus, dass die Mehrheit der anwesenden Te-

SCREENSHOTS: RBB

ster in solchen Konfliktsituationen doch für eine stärkere Kontrastierung, also schwächere Transparenz des Untertitelhintergrundes plädierte (Wert 60), weil das Neben- bzw. Übereinander der Schriftreihen die Lesbarkeit ganz erheblich beeinträchtigt.

Viele Fragen gab es zum allgemeinen Angebot an Untertiteln. Den Menschen, die mit einer mehr oder weniger starken Hörbehinderung gestraft sind, fällt es schwer, immer wieder zu hören, dass es am Geld hängt, wie viele Untertitel angeboten werden können. Auf jeden Fall machten sie klar, wo sie in erster Linie informationelle Selbstbestimmung über Untertitel erwarten. Wie soll es weitergehen? Zum Jahresende läuft das Projekt aus. Weitere Forschungsziele und damit verbundene Finanzierungen sind nicht in Sicht ...

Perspektiven ...

Da kann man nur mit Kopfschütteln reagieren, wenn man auf die Frage, warum es bei den theoretisch gewaltigen Möglichkeiten digitaler Technik - und um genau das ging es ja bei dem Test - nicht möglich ist, dem Fernsehkonsumenten die Möglichkeit zu bieten, genau die Einstellung bei den Untertiteln zu wählen, die ihm ganz individuell liegt. Und das



Projektleiterin Bettina Heidkamp (stehend) erläutert die Präsentation. Rechts im Hintergrund: Marianne Seibert, Vorsitzende des Brandenburger Landesbehindertenbeirats

FOTO: EISEL

unabhängig von allen Abstimmungsergebnissen beim Test! Herr Glaser als technischer Sachverständiger antwortete, und jetzt zitiere ich wörtlich aus dem Protokoll der Veranstaltung: „Diese Möglichkeit ist mit den Geräteherstellern noch nicht vereinbart worden. Wir würden solch eine Lösung auch am be-

sten finden. Das ist ein Thema für die Zukunft. Die technischen Möglichkeiten fehlen noch. Wenn es eine Möglichkeit gibt, dies zu erproben, werden wir dabei sein. Wenn dieses Projekt zu Ende ist und wir die Möglichkeit haben, streben wir ein neues Projekt zu diesem Thema an.“

Und so wollen wir hoffen, dass zu diesem Thema die letzte Arie noch nicht gesungen ist. Die Landesbeiräte für Menschen mit Behinderung in Berlin und Brandenburg, die schon seinerzeit bei der Beantragung des Projekts ihre von Autorität getragene Befürwortung gegeben haben, werden sicher brennend daran interessiert sein, dass das Thema barrierefreier Information im Fernsehen auch für Menschen, die in ihrer Wahrnehmung über den Hörsinn eingeschränkt sind, immer aktuell bleibt. Insofern darf man dem Team um Frau Heidkamp viel Kreativität und Glück bei der Beantragung von Folgeprojekten wünschen. Verfolgenswürdige Ideen gibt es schon. Denken sie nur an die Möglichkeit, sich Ihre Untertitel in möglichst vielen Sendungen nach eigenem Geschmack gestalten zu können! Die Ideen sind da, die theoretischen Möglichkeiten allemal. Kommt es also nur darauf an, die richtigen praktischen Lösungen zu finden. Dafür darf die EU ruhig noch einmal das Portemonnaie aufmachen!

H. Eisel

BIRKENZWEIG – MIT HANDICAP URLAUB GENIESSEN E. V.

... Birken sind widerstandsfähige Bäume, die allorts grünen und blühen und von Licht und Hoffnung sprechen ...
Birkenzweig – mit Handicap Urlaub genießen e. V. ist ein ehrenamtliches

Projekt für Familien mit schwerstbehinderten Kindern oder erwachsenen Angehörigen, die durch geistige oder körperliche Beeinträchtigung rund um die Uhr Betreuung und Aufsicht benötigen.

Wir möchten diesen Familien ermöglichen, einen gemeinsamen, fröhlichen und kraftspendenden Urlaub zu erleben. Der 2008 in Feldberg/Mecklenburg gegründete gemeinnützige Verein wird inzwischen von mehr als 18 Mitgliedern aus unterschiedlichen Sozial- und Berufsgruppen getragen. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Startsocial – Hilfe für Helfer“, einer Initiative der Wirtschaft unter Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurden die Idee und die entwickelten Konzepte des Vereins im Bundeskanzleramt als Bundessieger 2008 ausgezeichnet und prämiert. Mit



Hilfe von Fördergeldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) konnten wir eine auf ein Jahr befristete Vollzeitstelle einrichten, die jetzt von einem Kontaktbüro aus die Vereinsarbeit koordiniert. Birkenzweig e. V. vermittelt ehrenamtlich in der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft, einem anerkannten Erholungsort inmitten der Mecklenburger Seenplatte mit einer einmaligen Naturlandschaft, für betroffene Familien

- rollstuhlgeeignete Ferienobjekte,
- Physio- und Ergotherapie,
- ärztliche und pflegetechnische Hilfe,
- rollstuhlgeeignete Freizeitmöglichkeiten.

Ein ehrenamtliches Betreuerteam übernimmt bei Bedarf stundenweise die individuelle Freizeitbetreuung der betroffenen Kinder bzw. Angehörigen und entlastet dadurch Eltern, Geschwister und Ehepartner, um auch ihnen Erholung und Aktivitäten zu ermöglichen, die ihnen sonst verwehrt bleiben.

Wir freuen uns, Sie und Ihre Familie kennenzulernen. Für den kommenden Herbst suchen wir Pilotfamilien, die Lust haben, gemeinsam mit uns unser Vorhaben zu beginnen.

Birkenzweig – mit Handicap Urlaub genießen e. V.

Vorstand: Dr. Dirk Schmid, Kontaktbüro: Christiane Braunroth

Laevener Str. 18a, 17258 Feldberger Seenlandschaft, Tel. 03 98 31 / 2 70 26

E-Mail: info@birkenzweig-urlaub.de

FOTO: BERT SCHMID-VOIGTLÄNDER

Marion Petznick
Mein Leben lang nierenkrank
Ein Mut-mach-Buch

Acabus Verlag Hamburg 2010
Buch-ISBN: 978-3-941404-62-5
Ebook-ISBN: 978-3-941404-63-2
Buch-VP: 13,90 EUR
Ebook-VP: 7,90 EUR
248 Seiten
Paperback
14 x 20,5 cm

Die Autorin ist Vorsitzende des LV-Selbsthilfe-Mitgliedsvereins HDP – Heim Dialyse Patienten e. V.



BUCHBESPRECHUNGEN

WIE BEHANDLE ICH MEINEN ARZT?

So heißt ein Kapitel in dem sehr flott geschriebenen Ratgeber, der eine Zusam-

menfassung vieler Gespräche und Erfahrungen ist. Leicht verständlich, aber nicht seicht oder oberflächlich wird dieses manchmal heikle Thema behandelt. Ist doch oft ein gutes Arzt-Patienten-Verhältnis entscheidend für die Heilung oder gesundheitsbewusstes Verhalten. Notwendig ist eine echte Kommunikation von beiden Seiten her. Wie kann ein echtes Vertrauensverhältnis entstehen? In diesem kleinen Buch finden sich die Erfahrungen aus zahlreichen Interviews und Workshops mit Patienten und Ärzten wieder. In vielen Beispielen kommen Patienten selbst mit ihren Fragen zu Wort, und es zeigt sich, dass Patienten und Ärzte sehr wohl voneinander lernen können: „Eine gelungene Kommunikation mit Herz und Verstand besitzt Heilkraft!“

Das Buch ist eine wunderbar einfache und bekömmliche Mischung von Erkenntnissen, entstanden aus der Zusammenarbeit von drei Leuten:



dem Arzt Prof. Dr. med. Gerd Nagel, ehemaliger Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft, Gründer der Stiftung Patientenzentrum und selbst von Krebs betroffener Patient, der Psychologin und Fachautorin Delia Schreiber und dem Fernsehjournalisten Werner Tiki Küstenmacher, der die treffsicheren Illustrationen schuf.

Wenn Sie sich mit Ihrem Arzt gut verstehen, könnten sie ihm dieses Büchlein vielleicht zum Geburtstag schenken. Haben Sie kein Vertrauen zu ihm – und das schon seit langem – sollten Sie besser

den Arzt wechseln. Medikamente und Therapien sind oft nur Voraussetzungen, aber noch keine Garantie für einen Heilerfolg. Wichtig ist es, aufeinander zuzugehen und sich um gegenseitiges Vertrauen zu bemühen.

Dr. Rudolf Turber

Schreiber/Nagel/Küstenmacher, Wie geht's weiter, Doc? Wie sich Patienten mit ihren Ärzten besser verstehen, Kösel Verlag, München 2010, 108 S., 15,95 €, ISBN 978-3-466-34554-0

KLEIN UND BEHINDERT – ABER ALS SAXOPHONIST DER GRÖSSTE

Ostern dieses Jahres wurde einer der bekanntesten Musiker Deutschlands sechzig Jahre alt. Beinahe wäre es zu diesem Jubiläum nicht mehr gekommen, war er doch im Sommer 2009 lebensgefährlich an einer Lungenentzündung erkrankt, und an aktive Musik war nicht mehr zu denken. Umso mehr freute sich seine Fangemeinde, als er am 21. März 2010 erstmals wieder öffentlich auftrat und zudem eine neue Doppel-CD „BEST OF KREUZEDER“*) herausbrachte. Und bei der Buchmesse in Leipzig wurde den Lesern unter dem bezeichnenden Titel „Glück gehabt“ die während der Krankheit entstandene Autobiografie des Künstlers vorgestellt. Die Lebensbeschreibung ist lesenswert. Zeigt sie doch einen Menschen, der mit unermüdlichem Fleiß Widerstände

überwand, die anderen unüberwindlich schienen. Klaus ist ein sehr kleiner Mensch, der seit früher Kindheit im Rollstuhl saß. Schuld war die Spinale Kinderlähmung die seine körperliche Entwicklung stark beeinträchtigte. Die Therapie zu Polio war damals noch wenig entwickelt. Er musste zahlreiche Behandlungen und Versuche über sich ergehen lassen. Viele waren schmerzhaft, die meisten erfolglos. Einige Stichworte zu diesen Behandlungen: Lang andauernde Tropfinfusionen am Oberschenkel. Der Oberkörper wurde in ein Lederkorsett eingezwängt, um die verkrümmte Wirbelsäule zu stützen. Sehnenverlängerungen an den Knien. Später, als Jugendlicher, erneut Lederkorsett und weitere Operationen an der Wirbelsäule, um diese zu versteifen. 18 Monate lang steckte sein Oberkörper in einem Gipspanzer, in den vier Spindeln eingelassen waren, die man ständig weiterdrehte, um die Wirbelsäule um fünf Zentimeter zu verlängern und zu

*) *Doppel-CD „Klaus Kreuzeder BEST OF“, Best. Nr. TM 1012, erschienen bei Trick Music Records (www.trick-music.de).*

versteifen. Danach war die Muskulatur zu schwach, um den Kopf zu halten. Lebenslänglich ist immer wieder künstliche Beatmung notwendig. Sehr hilfreich ist für ihn seit Jahren ein Beatmungsgerät, benutzt vor allem vor Konzerten, um die enormen Belastungen auch körperlich besser durchzustehen.**) Dennoch besuchte er als Behinderter eine Regelschule in Bayern, machte das Abitur und sollte Jura studieren. Doch die leidenschaftliche Liebe zur Musik war nach einigen Semestern stärker. Erfahrungen hatte er schon seit seinem 16. Lebensjahr in seiner Schülerband erworben. Er wurde der beste Saxophonist Deutschlands und weltberühmt.

Abenteuerlich war sein Leben. Von den „68ern“ geprägt, bildeten er und seine Freunde eine Jazzband. Langhaarig und antiautoritär wurden sie zum Bürgerschreck, nahmen auch manchmal

**) *„Im ganzen Bundesgebiet müssen ca. 10 000 Menschen beatmet und rund um die Uhr überwacht werden. Darunter sind viele Säuglinge, Kinder und Erwachsene jeden Alters. Die Anzahl der Fälle steigt permanent an, wobei die Ursachen völlig unterschiedlicher Natur sind. Häufig liegt eine Muskeldystrophie zugrunde, oder die Beatmung wird nach einem Unfall lebensnotwendig. Aufgrund des technischen Fortschritts und der verbesserten Rettungsmaßnahmen überleben viel mehr Menschen als früher derartige Traumata und können oft ein nahezu normales Leben in Schule, Ausbildung oder Beruf führen. Dienstleister wie die Heimbeatmungsservice Brambring Jaschke GmbH tragen dazu erheblich bei und ermöglichen so die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“* (<http://www.heimbeatmung.com>)

Dr. Maria Panzer



Drogen, lebten in einer Großfamilie, deren „Hausvorstand“ er war, machten Schulden, für die er mit einem Offenbarungseid geradestehen musste. Es gab Berührungspunkte zur Baader-Meinhof-Gruppe und anderen Antiautoritären. Obwohl ein sehr kleiner Mensch und Rollstuhlfahrer, war er in all diesen Zeitläufen wegen seines freundlichen Wesens und seiner Leistungen von seinem Umfeld voll akzeptiert. Und er spielte in seinem Leben alles: Klassik, Beat, Rock, Soul, Blues, Salsa, Volksmusik aus aller Welt. Er und seine wechselnden „Mitspieler“ wurden bekannt und berühmt. Sie hatten Hunderte von Auftritten, kamen ins Fernsehen, brachten Schallplatten und CDs heraus. Mit Udo Lindenberg trat er bei „Rock gegen rechte Gewalt“ auf und spielte in dessen „Panik-Orchester“. Filme wurden über ihn gedreht. Er nahm an Festivals und Wettbewerben teil, war schon 1996 deutscher Kulturbotschafter bei den Paralympics in Atlanta und blieb den Paralympics weiter verbunden. Kreuzeder war aber auch Mitglied der Bundesversammlung und wählte 2002 den deutschen Bundespräsidenten mit

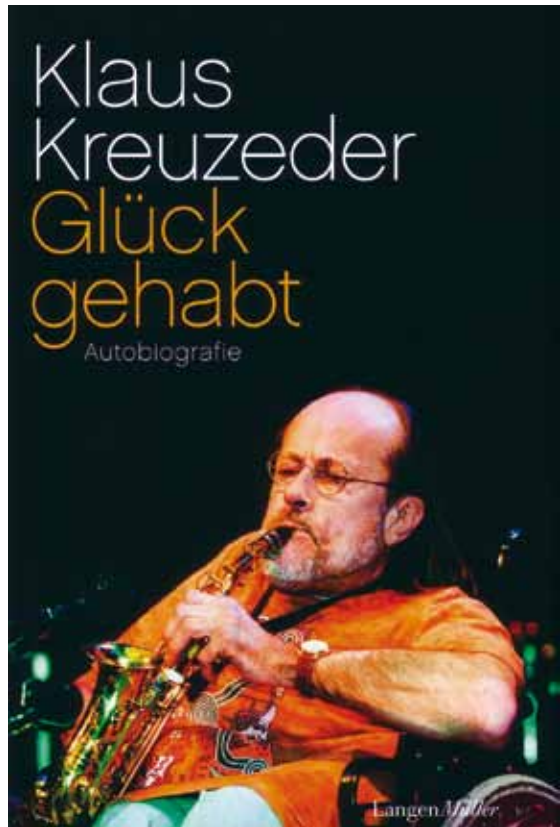
– denn er ist ein gesellschaftlich wacher und aktiver Mensch.

Er engagiert sich stark für das Anliegen behinderter Menschen und ein selbstbestimmtes Leben. Im Januar 2003 gab er in Helsinki ein Konzert bei der Eröffnungsveranstaltung des „Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung“ im Beisein des finnischen Staatspräsidenten. Sein Spiel führte ihn bisher in zahlreiche Länder, darunter die USA, Südafrika, Australien, die Türkei, Griechenland, Brasilien.

Kreuzeder wurde berühmt, aber „Ruhm ist nicht mit Brot zu verwechseln“, wie er sagt. Man nehme oft irrtümlich an, er habe horrende Einnahmen und könne deshalb kostenlos auftreten. Dabei muss er sein selbstbestimmtes Leben vor allem aus Konzerterlösen bestreiten – neun Monate keine Auftritte durch Krankheit bedeuten neun Monate keine Einnahmen, aber laufende Krankheits- und andere Kosten für ihn und seine langjährige Lebensgefährtin Marika.

Viele bekannte Künstler gehören zu seinen langjährigen Freunden, die ihn wegen seines Können und seines offenen Wesens schätzen. In lockerer Talkrunde mit Konstantin Wecker, Miro Nemeč, Bob Ross und Hannes Beckmann, die viele Jahre mit ihm befreundet sind, wurde Kreuzeder jetzt anlässlich seines Comebacks gewürdigt. Viele Namen tauchen in seinem Buch „Glück gehabt“ auf. Wecker schrieb ein tief empfundenes Vorwort, und Udo Lindenberg, steuerte eine eigene Handzeichnung für den Vor- und Nachsatz des Buches bei.

Kreuzeders Lebensgeschichte ist emotional bewegend und trotz aller Widrigkeiten lebensbejahend. Musik ist sein Leben. Seine Energie, sein Fleiß und seine Leidenschaft, mit denen er



Schwierigkeiten und Hindernisse überwindet, vor denen viele Nichtbehinderte kapitulieren würden, sind bewundernswert. Ich wünsche ihm stabile Gesundheit und noch viele Jahre aktiven Schaffens und hoffe, dass wir ihn auch einmal wieder bei einem Auftritt in Berlin begrüßen können.

Dr. Rudolf Turber

Klaus Kreuzeder, Glück gehabt. Autobiografie, aufgezeichnet von Thomas Kraft. Mit einem Vorwort von Konstantin Wecker, Langen Müller Verlag, München 2010, 267 S., 19,95 EUR, ISBN 978-3-7844-3219-9. Weitere Informationen: www.klauskreuzeder.de

**Vorstand der Landesvereinigung
Selbsthilfe Berlin e. V.:**

Vorsitzender:

Hartwig Eisel

Stellvertretender Vorsitzender:

Ingo Schellberg

Schatzmeisterin:

Hildegard Gramatzky

Weitere Vorstandsmitglieder:

Margret Dontsch-Lange

Daniel Fischer

Andreas Ivangean

Andreas Kuhnert

Auf Anforderung erhalten Sie in der
Geschäftsstelle kostenlos unsere Bro-
schüre „Landesvereinigung Selbsthilfe
Berlin e. V. Mitgliedsvereine“.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin
e. V., Littenstr. 108, 10179 Berlin
Tel.: 030/27 59 25 25
E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Auch Ihre Geldspende ist willkommen!
Unsere Bankverbindung lautet:
Kto.-Nr.: 3101 800
BLZ: 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Wir danken Ihnen für die Unterstützung
unserer Arbeit.

**FLAGGSCHIFF der Selbsthilfe
Berlin, Doppelheft 1-2/2010, Juni
2010**

Die Zeitschrift erscheint in aller Regel
jedes Vierteljahr. Ihr Bezug ist kosten-
frei. Die Verteilung erfolgt nach Maßga-
be des Herausgebers. Weitere
Exemplare können in der Geschäfts-
stelle angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
repräsentieren nicht in jedem Fall die
Meinung des Herausgebers und der
Redaktion.

Einsendeschluss für Beiträge im
nächsten Heft ist der 30. Juli 2010.

Herausgeber:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin
e. V. (LV Selbsthilfe Berlin),
Hartwig Eisel

Redaktion und Layout: Hartwig Eisel

Layoutkonzept: Maik Haase

Fotos Deckblatt: Kneisel, Matschke,
Eisel, Kabakow

Druck: OKTOBERDRUCK AG,
Rudolfstr. 1 - 8, 10245 Berlin

Mit freundlicher Unterstützung der



Mitglieder der LV Selbsthilfe Berlin

ACHSE e. V. (Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen) • Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin (ABSV) • Alzheimer Angehörigen-Initiative e. V. (AAI) • Angeborene-Bindgewebs-Erkrankungen e. V. • ANUAS e. V. – Hilfsorganisation für Gewaltopfer und Angehörige von Mord-, Tötungs-, Suizid- und Vermisstenopfern • Aphasie Landesverband Berlin e. V. (ALB) • Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e. V. (ASL) • Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und/oder Hydrocephalus e. V. (ASbH) • Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e. V. • Autismus Deutschland Vereinigung zur Förderung von Menschen mit Autismus Landesverband Berlin e. V. • Bastille - Gemeinsam sind wir stark e. V. • Björn Schulz Stiftung • Borreliose Selbsthilfe e. V. Berlin-Brandenburg • Bund zur Förderung Sehbehinderter (BFS) Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. • Bundesselbsthilfeverband Kleinwüchsiger Menschen e. V. Landesverband Brandenburg/Berlin • Bundesverband Kleinwüchsige Menschen und ihre Familien e. V. LV Berlin/Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern • Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. • Conterganverband Berlin/Brandenburg e. V. • Deutsche Ehlers-Danlos-Initiative e. V. Landesverband Berlin • Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung e. V. • Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V. (DGM) Landesverband Berlin • Deutsche ILCO Landesverband Berlin/Brandenburg e. V. • Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV e. V.) Landesverband Berlin/Brandenburg • Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft e. V. Selbsthilfegruppe Berlin/Brandenburg • Deutsche Parkinson Vereinigung e. V. • Deutsche Rheuma-Liga Berlin e. V. • Deutscher Diabetiker Bund Landesverband Berlin e. V. • Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V. (DVBS) Bezirksgruppe Berlin/Brandenburg • dignitas Deutsche Interessengemeinschaft für Verkehrsunfallopfer e. V. Regionalgruppe Berlin-Brandenburg • Ehlers-Danlos-Selbsthilfe e. V. Landesvertretung Berlin und neue Bundesländer • Elternzentrum Berlin e. V. Autismus und andere tiefgreifende Entwicklungsstörungen • Fatigatio e. V. Bundesverband Chronisches Erschöpfungssyndrom (CFS/CFIDS/ME) • Fördergemeinschaft für Taubblinde e. V. • Freundeskreis Camphill e. V. Arbeitsgruppe Alt-Schönow • GBS-Gesprächskreis Berlin und Umgebung. GBS-Initiative e. V. • Gehörlosenverband Berlin e. V. • Gesellschaft für Osteogenesis Imperfecta Betroffene e. V. Landesverband Ost • HDP - Heim Dialyse Patienten e. V. • HFI e. V. Selbsthilfe-Initiative Kreislauf und Stoffwechsel Regionalverband Berlin-Brandenburg • Interessengemeinschaft Epidermolysis bullosa e. V. (Debra Deutschland, IEB debra) • Interessengemeinschaft zur Förderung behinderter Menschen e. V. • Landesselbsthilfeverband Brandenburg/Berlin für Osteoporose e. V. • Landesselbsthilfeverband Schlaganfall- und Aphasiebetroffener und gleichartig Behinderter Berlin e. V. • Landesverband der Berliner AIDS-Selbsthilfegruppen e. V. (LaBAS) • Landesverband Epilepsie Berlin e. V. • Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie Berlin e. V. • Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V. Landesverband Berlin • mamazone Frauen und Forschung gegen Brustkrebs e. V. • Marfan Hilfe (Deutschland) e. V. • Movemus e. V. • Multiple Sklerose Selbsthilfe e. V. • Ohne Schilddrüse leben e. V. • Onkologisches Patientenseminar Berlin-Brandenburg e. V. • Pro Retina Deutschland e. V. Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegenerationen • ProRemus e. V. Elterninitiative für Kinder und Jugendliche mit Spina bifida und Muskelkrankheiten • Schwerhörigen-Verein Berlin e. V. • Selbsthilfe-Bund Blasenkrebs e. V. • Selbsthilfeverein der Kehlköpferierten Berlin und Umland Landesverband Berlin e. V. • Spastikerhilfe Berlin e. V. (SHB) • Stotterer-Selbsthilfe Berlin e. V. • Verein für angeborene Stoffwechselerkrankungen e. V. (VfASS) • Breast Cancer Action Germany

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

(LV Selbsthilfe Berlin)

Littenstr. 108

10179 Berlin

Telefon: 030/ 27 59 25 25

Telefax: 030/ 27 59 25 26

E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Internet: www.lv-selbsthilfe-berlin.de

Mitglied der

BAG SELBSTHILFE